

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-201. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Freitag

16. Oktober 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-201

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend Schluß!

Parlamentarische Erklärungen über die Rückwirkungen.

Locarno, 16. Oktober. (W.B.) Die Rechtsjahresverständigen sind heute vormittag zur weiteren Beratung der Disziplinarverträge zusammengetreten.

Eine ursprünglich auf heute mittag 12 Uhr vorgesehene Vollziehung der Konferenz ist auf eine spätere Nachmittagsstunde, die noch festzulegen ist, verlegt worden.

Parlamentserklärungen in den Vertragsländern.

Paris, 16. Oktober. (W.B.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Locarno meldet: Es ist der Wunsch aller, die in Locarno miteinander verhandelt haben, daß die Ausführung der von der Völkerkonferenz festgelegten Bedingungen hinsichtlich der Abstellung Deutschlands es ermöglichte, in wenigen Tagen die Truppen aus der Kölner Zone zurückzunehmen. Außerdem sollen, was die Verwaltung des besetzten Gebiets und die Stärke der Besatzungstruppen anlangt, weitgehende Änderungen zur gegebenen Zeit erfolgen. Aber es ist auch nötig, auf die Änderungen hinzuwirken, die natürlich der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund und sein Wiedereintritt in das Konzert der Großmächte herbeiführen wird. Dem gefunden Menschenverstand entspricht es, daß Deutschland, wenn es dem Geiste der Friedensverträge und den in Locarno abgeschlossenen Abkommen treu bleibt, nicht mehr dem bis jetzt notwendigen Regime unterworfen bleibt. Das Ergebnis des Meinungs-austausches von Locarno wird nicht, wie man in gewissen Kreisen angenommen hat, in einer Erklärung, die auf der Konferenz gelesen wird, niedergelegt werden. Es handelt sich hier um die Folgen und nicht um die Vollziehung der Unterzeichnung. Aber es ist jetzt schon ausgemacht, daß Chamberlain, Briand und Brandeburg vor ihren Parlamenten, sobald sie wieder zusammentreten, gleichlautende Erklärungen abgeben werden, die den Deutschen die vernünftigmäßige Befriedigung geben werden.

Das Mißverständnis der Polen.

V. Sch. Locarno, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Gegenüber der am gestrigen Abend eingetretenen Spannung ist eine gewisse Entspannung eingetreten. Noch in der Nacht teilte die polnische Delegation Ministerdirektor Gass mit, daß anscheinend ein „Mißverständnis“ hinsichtlich der Bedeutung der von Polen in die öffentlichen Schiedsverträge hineingebrachten Klausel vorliegt. Als ein offenkundiger Rückzug. Diese Haltung dürfte damit zusammenhängen, daß die Polen aus der einmütigen Haltung der deutschen Pressevertreter erkannt haben, daß die deutsche öffentliche Meinung, ohne Unterschied der Parteien, nicht geneigt war, diesem Druck der letzten Stunde nachzugeben.

Presseboykott gegen Mussolini.

V. Sch. Locarno, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Mussolini hatte für heute vormittag zu einem Presseempfang im Palazzo Hotel eingeladen. Die sozialistischen Pressevertreter erklärten sofort, daß sie der Einladung eines solchen Mannes keine Folge leisten würden. Im Hinblick auf die Unterdrückung der Pressefreiheit in Italien erklärten zahlreiche Berichterstatter demokratischer Blätter aller Länder, daß sie sich dieser Demonstration anschließen würden.

Tatsächlich sprach Mussolini nur vor einem kleinen Auditorium. Französische Berichterstatter, alle Pressevertreter aus Nord- und Südamerika, alle Engländer, mit zwei Ausnahmen, die Vertreter der holländischen Presse und einzelne Berichterstatter deutscher demokratischer Blätter waren ferngeblieben.

Als er den Saal verließ und die Halle betrat, wo die Ferngebliebenen in Gruppen standen, ereignete sich ein Zwischenfall. Er ging auf den ihm von früher her bekannten Berichterstatter des „Daily Herald“ zu und fragte ironisch auf französisch: „Nun, geht es dem Kommunismus gut?“ — „Weiß ich nicht, bin nicht Kommunist“ war die krasse Antwort. Darauf Mussolini: „So, dann irre ich mich.“ Da sagte ein daneben stehender Holländer verständlich: „Das passiert Ihnen öfters, mein Herr.“ Mussolini war wie vom Blitz getroffen, da er solche Antwort seit Jahren nicht gewohnt ist. Die Sprache blieb ihm aus, er drehte sich um und sagte dann verlegen: „Vielleicht.“

Locarno, 16. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.) Am Sonnabend vormittag dürfte unter den Klängen der Glocken der Friede von Locarno mit den Anfangsbuchstaben der Delegierten unterzeichnet werden. Für den 13. November ist in London die feierliche Ratifizierung unter Vorbehalt des englischen Ministerpräsidenten Baldwin geplant. Bis dahin sollen die Parlamente die Verträge angenommen haben. Als erste dürfte die französische Kammer, dann das englische Unterhaus und anschließend die belgische Kammer den Verträgen zustimmen. Der Reichstag, dessen Zusammentritt erst für Anfang November vorgesehen ist, wird seine Zustimmung also erst zu geben haben, wenn die Ratifizierung durch die anderen in Frage kommenden Parlamente erfolgt ist und von den Tribünen dieser Abgeordnetenhäuser durch die Minister wichtige ergänzende Erklärungen zu den Verhandlungen in Locarno abgegeben worden sind.

Es ist anzunehmen, daß diese Erklärungen sich auf die von deutscher Seite angeschnittenen und am Donnerstagabend in einer mehr als dreistündigen Sitzung von 6 1/2 bis 10 Uhr erörterten Neben-

fragen beziehen. Die Stellungnahme zu diesen Fragen im einzelnen

christlich festzulegen, haben die alliierten Minister einmütig abgelehnt.

weil sie nicht den Eindruck erwecken wollen, als sei der Sicherheitsvertrag von Locarno zu einem Handelsobjekt gemacht worden. Von alliierter Seite werden die Verhandlungen über diese Nebenfragen als „völlig erschöpft“ betrachtet, und man behauptet, daß sich die Minister in der gegenseitigen Auffassung, alle strittigen, nicht offiziellen Fragen gründlich und wenigstens vorläufig abschließend durchgesprochen zu haben, abends um 9 1/2 Uhr verabredeten. Auf deutscher Seite scheint man diese Auffassung nicht ganz zu hegen. In einem amtlichen Kommuniké der Delegation vom Donnerstagabend wird z. B. behauptet, daß die Schwierigkeiten in den Nebenfragen noch nicht völlig behoben sind, und es wird hinzugefügt, daß der Termin für weitere Verhandlungen noch

Heute 8 Uhr Sendarmenmarkt: Republikanische Kundgebung gegen Monarchismus in Talar und Uniform

unbekannt ist. Was soll man damit anfangen? Die eine Seite betrachtet die Erörterungen für erledigt, während die andere noch Schwierigkeiten sieht oder noch entdeckt hat, nachdem Herr Schiele, über den Gang der Verhandlungen unterrichtet, wahrscheinlich neue deutsch-nationale Forderungen angemeldet hat. An ihnen dürften sicherlich auch neue Verhandlungen nichts ändern. Das wird uns von französischer offizieller Seite bestimmt versichert.

Dem Außenminister Briand sind bei seiner Handlungsweise genau so gut Grenzen gesetzt wie der deutschen Delegation.

und da er nach seiner eigenen Erklärung über die Grenze des Möglichen bereits gegangen sein soll, hält man in seiner Umgebung weitere Besprechungen, denen man sich im Bedarfsfalle auf alliierter Seite sicherlich nicht verschließen dürfte, für wenig angebracht. Was ist nun erreicht worden? Es kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß zunächst die

Räumung der Kölner Zone unmittelbar bevorsteht.

Der Termin ist abhängig von der Lösung der Entnahmungsfrage, und da hier nach verschiedenen Konzeptionen der Entente mit einer Vereinigung der letzten noch schwebenden Fälle nach der Rückkehr des Außenministers in wenigen Tagen zu rechnen ist, dürfte sich die Räumung wahrscheinlich vollziehen, während der Reichstag im Begriff steht, über das Ergebnis von Locarno sein Urteil zu fällen. Was die anderen Probleme des besetzten Gebietes anbelangt, so wurden den deutschen Vertretern auch hier bestimmte Zugeständnisse in Aussicht gestellt, die bei der Konsequenz mit der Briand emittiert ist, seine jetzige Politik auf jedes Gebiet der auswärtigen Fragen auszudehnen, sicherlich auch ohne deutschen Antrag in Erfüllung gegangen wären. Bieselei nicht ganz so eilig, wie es jetzt gesehen wird. Es handelt sich dabei um die

Änderung und Milderung der bestehenden Ordnungen über das Befahungsregime in der Koblenzer und Mainzer Zone.

Wir sind überzeugt, daß der französische Außenminister in dieser Beziehung vor der Kammer grundsätzliche Erklärungen abgegeben wird, die den Geist seiner Politik bestätigen. Auf welche Art im Verlauf der nächsten Wochen zu einer Änderung bzw. Milderung der Ordnungen geschritten wird, ob durch Vorschläge eines aus alliierten und deutschen Vertretern zusammengesetzten gemischten Komitees oder auf Grund direkter Wünsche der Reichsregierung, ist eine Frage, die man späteren Verhandlungen überlassen kann. Bei der Beurteilung dieser Dinge, insbesondere des provisorischen Charakters ihrer Erörterung in Locarno, darf nicht vergessen werden, daß als allein zuständige Instanz formell die Völkerkonferenz in Frage kommt, während die alliierten Regierungen natürlich ihre Instruktionen erteilen können, und, wie bestimmt erklärt wird, erteilen werden. Vorerst aber soll das Gesetz gewahrt werden.

Im Verlauf der gestrigen Erörterungen sind außerdem eine ganze Reihe anderer Fragen, die unmittelbar mit dem Rheinland zusammenhängen, gestreift, aber von den Alliierten negativ beantwortet worden. Hier war weniger der Wille der Minister, als die Rücksicht auf die Stimmung in den einzelnen Ententeländern maßgebend. Es handelt sich hier u. a. um die

Abkürzung der Befahungsfristen für die Mainzer und Koblenzer Zone.

Die Ablehnung einer bestimmten Zusage durch die Entente schließt auf die Dauer trotzdem auch in diesem Punkte ein weitgehendes Zugeständnis nicht aus. Erst aber soll die Zeit reifen. Gerade aber in bezug auf die Befahungsfristen, so wird uns vor allem von französischer Seite immer wieder versichert, ist sich Briand des Mißverhältnisses bewußt, das zwischen der in Locarno beschlossenen Verständigungspolitik und der Befahrung weiter deutscher Gebiete durch fremde Truppen besteht. Der Ausgleich soll jedoch auch hier in stetiger Form unter Berücksichtigung der Verhältnisse zu gegebener Zeit erfolgen.

Bürgerliche Zersplitterung.

Sozialdemokratischer Vorschlag.

Trotzdem nur eine verhältnismäßig kurze Zeit uns von den Berliner Stadtverordnetenwahlen am 25. Oktober trennt, scheint das Interesse der Öffentlichkeit, soweit es durch die Presse zum Ausdruck kommt, an diesen Wahlen ein verhältnismäßig geringes zu sein. Gewiß halten alle Parteien ihre Wahlversammlungen ab. Aber es fehlt in den Versammlungen wie in der Presse dem Gegner an jeder Stoßkraft, an jeder zugkräftigen Parole gegen die Sozialdemokratie. Verschwunden ist das Gerede von der sozialistischen Mißwirtschaft, aufgehört hat der fanatische Kampf gegen die Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Geblieben ist der Kagenjammer und die Zersplitterung. Nicht weniger als 18 Wahlvorschläge sind für die Stadtverordnetenwahlen eingereicht und fast ausnahmslos zerfällt diese Zersplitterung auf das Konto der bürgerlichen Gegner. Deutsch-nationale und Volksparteier haben sich zusammen mit der Splittergruppe der national-liberalen Reichspartei zwar zu einem geschlossenen Rechtsblock zusammenschließen können, aber hinter ihnen stehen die zahllosen Splitter der Enttäuschten und Berratenen, hinter ihnen steht die Deutsch-völkische Freiheitspartei, die mit ihrem Lärm die Versammlungen der Nationalisten erfüllt. Hinter ihnen steht Knüppel-Kunze mit seiner plumpen Demagogie, der auf den Dummschlag spekuliert. Gegen sie wendet sich ein „evangelischer Gemeinschaftsbund“, eine richtiggehende „Arbeiterpartei“, ein „Deutsch-nationaler Bund der Hauswirte“, der ganz offen in seiner Propaganda gegen die Deutsch-nationale Volkspartei als eine Betrugsartei polemisiert. Die enttäuschten Sparer und Hypothekengläubiger haben ihren „Sparerbund“ ins Feld geschickt, weil sie den Redensarten der Deutsch-nationalen nicht mehr glauben. Eine „Nationale wirtschaftliche Vereinigung“ zeigt davon, daß die Landbundesfreundlichkeit der Deutsch-nationalen, ihre großkapitalistische Einstellung im Mittelstand auf Widerstand stößt. Die Rechtsentwicklung der Wirtschaftspartei bringt die Zersplitterung der „Deutschen Mittelstandspartei“ und schließlich prangt auf der Liste der Unzufriedenen, Verärgerten und Richtumpolitiker noch der Wahlvorschlag einer „Deutschen Arbeitnehmerpartei“.

Das Bild bürgerlicher Eigenbrötelei und bemitleidenswerter Aliquienwirtschaft ist so beschämend, daß die Rechtspresse ihre Unzufriedenheit und Enttäuschung nicht verbergen kann. Jammernd berechnen die Organe der Rechtsparteien, daß dem „ordnungsliebenden Teil der Bevölkerung“ durch diese Zersplitterung zwei bis drei Mandate verloren gehen werden. Vielleicht ist aber noch größer als der Jammer über diesen eventuell zu befürchtenden Verlust der Unwille darüber, daß diese Zersplitterung die klägliche und unhaltbare Position enthüllt, in die sich die Bürgerblöcker allmählich hineinmanövriert haben. Die Unfähigkeit großer Teile des Bürgertums zur Schaffung leistungsfähiger politischer Parteien, zur Ueberwindung kleinlicher Sonderinteressen konnte nicht besser illustriert werden, als durch die 15 Listen, mit denen das Bürgertum in den Wahlkampf zieht. Hier zeigt sich deutlich, wie wenig den Agenten des Großkapitals und den Hütern kleinlicher und lächerlicher Privatinteressen der Blick aufs große Ganze und der Wille zu wirklich schöpferischer staatlicher Leistung eigen ist, ohne den auch in einer Kommune wie Berlin, diesem großen Stadtstaat, keinerlei zukunftsgehaltende Leistung möglich ist.

In der Tat, was können die Apostel des Bürgerblocks in diesem Wahlkampf noch der Sozialdemokratie entgegenhalten? Vor vier Jahren, in der schwersten Zeit der Inflation, mochte ihre verlogene Demagogie vielleicht Dumme finden, die die Schuld für die schwere Zeit, die wir damals durchmachen mußten, der Sozialdemokratie zuschob. Inzwischen hat sich gezeigt, daß die Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin in der Tat einige der wenigen großen Verwaltungsreformen der Nachkriegszeit ist, und daß die Sozialdemokratie recht behalten hat, wenn sie auf ihr bestand. Es hat sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie in ihrer Haltung in der Stadtverordnetenversammlung allein ein wirklich positives Arbeiten ermöglicht hat und daß sie unermüdet dafür eingetreten ist, Berlin auf die Beine zu stellen. Durch ihre Haltung ist immer wieder der Bürgerblock auseinander gesprengt. An ihrem festen Willen sind all die zahlreichen Versuche, Berlin von innen zu sprengen, die Unmöglichkeit der Einheitsgemeinde durch die Arbeitsunfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung sinnbildlich zu demonstrieren, gescheitert. Die Sozialdemokratie ist in der großen kommunalpolitischen Auseinandersetzung, um die in den letzten vier Jahren gerungen wurde, der moralische Sieger geblieben, und ihr Sieg zeigt sich in der Zersplitterung und in der Verwirrung der Gegner, denen jede Angriffslust vergangen ist. Wenn Blätter wie der „Total-Anzeiger“ schließlich in diesem Wahlkampf aus Verzweiflung nichts anderes zu erfinden wissen, als so lächerliche Behauptungen, wie: die Sozialdemokraten beabsichtigen, die Steuern zu erhöhen, oder sie würden sofort die Gesellschaftsbildung der Werke rückgängig machen, oder wenn man sich in Kombinationen über den zu wählenden Stadtschulrat für Berlin ergeht, so zeigt das nur, daß den Reaktionen der Utem ausgegangen ist. Sie wissen, daß ihre Politik, die gegen Berlin gerichtet war, vollkommen gescheitert ist, sie wissen, daß die Bevölkerung ihre Sabotage fast hat und daß ihre Leistungen in der Reichsregierung sowieso nicht dazu angetan

find, auch nur ihre engeren Freunde an die Wahlurne zu bringen.

So zeigt denn auch das Verhalten der bürgerlichen Presse deutlich, daß man allgemein mit einem weiteren Vormarsch der Sozialdemokratie rechnet. Die gegenwärtige Stadtverordnetenversammlung ist allerdings unter ganz anderen politischen Verhältnissen vor vier Jahren gewählt worden. Aber die Wahlen der letzten Zeit zeigen, daß die Sozialdemokratie in Berlin marschiert. Hat sie doch von der Reichstagswahl am 4. Mai mit 449.627 Stimmen sich im Dezember auf 697.281 Stimmen und bei der Präsidentenwahl auf 751.862 Stimmen herausarbeiten können. Dadurch ist der prozentuale Anteil der sozialdemokratischen Stimmen von 20,4 Proz. im Mai auf 30,3 Proz. im Dezember und 34,0 Proz. bei der Präsidentenwahl im März d. J. gestiegen. Um nicht weniger als 14 Proz. hat die Sozialdemokratie also in einem Jahre zuzunehmen können. Nur noch 16 Proz. der abgegebenen Stimmen fehlen ihr zur Erreichung des Zieles einer sozialdemokratischen Mehrheit, ohne die auf die Dauer in Berlin eine fortschrittliche, moderne Kommunalpolitik nicht wird geleistet werden können. Um diese fehlenden 16 Proz. geht bei diesem Wahlkampf die Auseinandersetzung. Denn so wie die Dinge in Berlin liegen, muß die Sozialdemokratie eine Mehrheit für sich allein unter allen Umständen erstreben.

Der Eifer, mit dem die Kommunisten nach der vom Eski befohlenen Rechtsprechung und nach der Ausschiffung ihrer größten Schreier auf der Bewerberliste jeden Tag auf der einen Seite zwar die Sozialdemokraten beschimpfen, auf der andern Seite aber ein Bündnis anbieten und versichern, daß sie in der neuen Stadtverordnetenversammlung „genau wie bisher“ immer mit der Sozialdemokratie zusammenstimmen wollen, „wenn es sich um, wenn auch geringe und ungenügende Vorteile für die werksfähige Bevölkerung handelt“, kann niemanden darüber hinwegtäuschen, daß mit den Kommunisten zusammen eine arbeitsfähige Mehrheit im Roten Hause nicht erreicht werden kann. Selbst wenn wir von der Vergangenheit schweigen, über die schmähliche Unterstützung der Reaktionsäre durch die KPD hinweggehen wollten, so bliebe doch immer die Frage offen, welche Garantien die Kommunisten für ihre zukünftige Tatkraft geben können. Jeder weiß, daß sie gar keine Garantien geben können, weil sie selber gar nicht Herr in ihrem Hause sind, und weil niemand heute wissen kann, welche neuen Schwankungen und neuen Parolen Sinowjew auf Veranlassung der russischen Partei morgen oder übermorgen geben wird. Wenn die Kommunisten wirklich ehrlich die Absicht hätten, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen, um von da aus mit der Sozialdemokratie Politik zu treiben, welchen Zweck hätte dann die Vereinerung der Arbeiterzerfplitterung durch die kommunistische Parteiorganisation. Sie selber bezeichnen ihre neue Schwankung nur als ein neues Mittel im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, weil zu ihrem Leidwesen alle bisherigen Methoden zu keinem Ergebnis geführt haben. Damit geben sie selber zu, daß ein dauerndes Zusammenarbeiten mit ihnen nicht möglich ist.

Das wissen natürlich auch alle anderen Parteien, und wenn das Schreckgespenst von der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit in diesem Wahlkampf aufgejagt wird, so spricht das namentlich bei den Berliner Demokraten, die sich immer noch nicht ganz von Bürgerblockneigungen befreien können, nicht gerade von großer politischer Einsicht. Allmählich sollten alle Gruppen des Bürgertums begreifen, daß Berlin nun einmal als größtes deutsches Industriezentrum eine Arbeiterstadt ist und daß in ihr die Arbeiterklasse in erster Linie dazu berufen ist, politischen Einfluß auszuüben. Je eher bestimmte Teile des Bürgertums das begreifen und daraus die richtigen Konsequenzen ziehen, umso besser für sie selber! Die Sozialdemokratie kann und wird nicht darauf verzichten, solange zu kämpfen, bis über dem Roten Hause Berlins das rote Banner der Ar-

beiterklasse weht, bis in der Berliner Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit von Arbeitervertretern einzieht, die gewillt und befähigt ist, die Verwaltung dieser Riesengemeinde in ihrem Sinne zu leiten.

Ein freimütiges Wort über die KPD.

Ist die kommunistische Partei existenzberechtigt?

Der Kommunist Reinhold Schönlanke veröffentlicht im „Klassenkampf“, dem Organ der Kommunisten in Halle, einen Diskussionsartikel über die Politik der KPD. Es ist der erste kommunistische Artikel, der das Niveau eines mit gefrorenen Tischen geführten Führerkonferenzen verläßt, und mit großer Klarheit die Frage aufwirft: Ist die kommunistische Politik richtig? Hat die kommunistische Partei Existenzberechtigung?

Der Gedankengang Schönlankes richtet sich mit großer Schärfe gegen die Moskauer Beschlüsse, deren Verantwortung er feststellt. Er rechnet ihr vor:

„Die Spaltung der USPD, in Halle war ein nicht wieder gutzumachender politischer Fehler.“

„In derselben Linie lag die verhängnisvolle Spaltung... der italienischen Sozialistischen Partei, deren Folgen nicht zuletzt den Siegeszug des Faschismus erleichtert hat.“

„Die völlige Verkennung der objektiven politischen Situation in Deutschland führte in das Märzabenteuer von 1921. Die wachsenden Stimmen von Clara Zetkin und Paul Levi wurden in den Wind geschlagen. Die damalige neue Führung der Partei unter Brandler erforderte, um den größten Fehler der deutschen Partei, wie Lenin sagte, theoretisch vorzubereiten: die Offensivphilosophie.“

„Durch die Befehung des Ruhrgebietes, die dem Rationalisierungsunverhörte Konfessionen machte, hatte sich der kommunistischen Partei Deutschlands eine neue „Offensiv“-Stimmung bemächtigt. Im Oktober 1923 entließ sich diese und verpuffte wirkungslos. Die Partei hielt den Willen der Arbeiter, der von Sieg zu Sieg voranschreitenden Bourgeoisie in einem großen Rückzugsgedächtnis entgegenzutreten, für eine Angriffsbewegung zum Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung der Räterepublik. Sie mußte so völlig verfehlen, aus dieser Perspektive entspringenden Kampfmethoden greifen und einen Hieb in die Luft machen, welcher ihr fast das Leben kostete.“

Auf diese Beurteilung der kommunistischen Arbeit zur Sprengung und Schwächung der deutschen Arbeiterbewegung folgt eine bittere Kritik der „Linken“ und der unehrlichen Einheitsfrontpolitik:

„Geradezu kläglich war das Benehmen der „Männer aus der Werkstatt“, die man in die deutschen Parlamente geschickt hatte. In einer Zeit, wo die Reaktion drückt und drückt, den Parlamentarismus, der ohnehin genügend discreditiert ist, zu befestigen, den Parlamentarismus durch Jahrmärkteausstellungen lächerlich machen zu wollen, das ist der genialen Einsicht der Ruth-Fischer-Beute vorbehalten. Freilich, sie können sich auf ein Wort von Engels berufen. Sie können sagen, wir haben „marxistisch“ gehandelt. Denn Friedrich Engels schrieb: „Das ist Zukunftsmusik, gebietet auf Rinderkompetenz!“ Die deutsche Zentrale aber ging darüber hinaus dazu über, die Einheitsfront nach ihrer Weise als ein „taktisches Manöver“ auszugeben, das nur insoweit und so lange angewandt werde, bis man auch die Sozialdemokraten „erledigen“ könne. Diese üble Angewohnheit stammt noch aus der Zeit Brandlers.“

An diesem Punkte stößt man auf die unüberbrückbare Kluft zwischen den Anschauungen Schönlankes und der offiziellen kommunistischen Politik. Schönlanke will ehrlich die Einheit der Arbeiterbewegung. Er ist zu klug, um über die Existenz der Sozialdemokratie hinwegzusehen oder zu glauben, daß man sie mit dummschlauen „Manövern“ erledigen könne:

„Unser Meinung nach ist der Weg, den eine marxistische Partei zurückzulegen hat, klar vorgezeichnet: Wiederherstellung der internationalen gewerkschaftlichen Einheit, Kampf um den Wirt-

stundentag, Abwälzung aller Lasten des Dawes-Planes und der Kriegsfolgen auf die Schultern der Bourgeoisie, Niederwerfung der Reaktion auf allen Gebieten, sowohl parlamentarisch wie auch außerparlamentarisch, Schaffung eines linken Flügels der Arbeiterbewegung. Grundbedingung ist eine Einheitsfrontpolitik, die von allen Manövern abbleibt. Auch der Brief der Exekutive spricht in der Frage der Gewerkschaftsbewegung immer noch von „Machoben des Kampfes“.

Wird die kommunistische Partei ihre inneren Widersprüche im Kampfe der Meinungen in einer höheren Einheit überwinden, wird sie die Massen im Geiste des orthodoxen Marxismus schulen, dann wird die deutsche Arbeiterbewegung wieder unter dem roten Banner des Sozialismus marschieren.“

Die Kommunisten haben sehr wohl verstanden, daß die Antworten Schönlanke auf die Fragen nach der Existenzberechtigung der KPD, ein vernichtendes Urteil enthalten. Der „Klassenkampf“ veröffentlicht gleichzeitig mit dem Aufsatz Schönlanke eine Antwort unter der Überschrift: „Die KPD wird nicht liquidiert!“ In aller Schärfe wird darin der grundlegende Unterschied herausgearbeitet:

Wir hätten gewünscht, der Genosse Schönlanke wäre ehrlich gewesen und hätte klar ausgesprochen, die KPD muß liquidiert werden, wir müssen um jeden Preis eine organisatorische Einheit mit der SPD schaffen. Statt dessen sucht der Genosse Schönlanke diese seine ganz bestimmte Absicht durch Redensarten zu verschleiern. Er drückt sich folgendermaßen aus: Die kommunistische Partei müßte ihre inneren Widersprüche in einer höheren Einheit überwinden. Was soll denn diese „höhere Einheit“ sein? Genosse Schönlanke spricht von einer „Einheitsfrontpolitik ohne alle Manöver“. Das verdeutlicht schon seine „höhere Einheit“ etwas besser. Es ist selbstverständlich, daß wir den sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber eine ehrliche Einheitsfrontpolitik verfolgen, denn es ist selbstverständlich, daß wir wirklich ehrlich wünschen, daß sie endlich in die richtige Klassenkampffront treten. Aber das will Schönlanke durchaus nicht. Wenn er von der „Einheitsfrontpolitik ohne Manöver“ spricht, so meint er damit, daß wir ehrliche Bündnispolitik machen können mit der SPD als Partei. Er vertuscht geflissentlich die Tatsache, daß die SPD, als Parteigebilde ein Teil des bürgerlichen Staates ist, und daß die KPD, mit diesem Organismus verflochten, bedeutet, die revolutionäre Rolle des deutschen Proletariats für alle Zukunft überhaupt aufzugeben.“

Diese Antwort gibt der Auseinandersetzung eines Einzelnen mit seiner Partei die politische Bedeutung. Für sich allein ist der Aufsatz Schönlanke ein Dokument der Selbstverständigung eines ehrlich Ringenden. Mit der Antwort zusammen erhellt er blüherig das Wesen der kommunistischen Politik. Es ist also in der KPD, verpönt, ehrliche Bündnispolitik mit der Sozialdemokratie zu machen. Es ist verpönt, Betrugs-, Täuschungs- und Entlarvungsmanöver zu verwerfen. Wer in der KPD, Einheit der Arbeiterbewegung sagt, der muß zugleich die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit allen Mitteln wollen.

Damit ist festgestellt, daß der „neue Kurs“ auf einen groß angelegten Versuch der Täuschung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft mit Hilfe einer „Einheitsfrontpolitik mit Manöver“ hinausläuft.

Der „Klassenkampf“ versichert, Schönlanke habe längst innerlich mit der KPD gebrochen und rät ihm, sich über Redeverbot und Ausschlußverfahren nicht zu belächeln:

„Bielmehr glauben wir, daß es seinem offenen und ehrlichen Ausreden besser entsprechen würde, wenn er die Konsequenzen ziehen würde, die er sehr gut kennt.“

Es ringt sich wieder ein Einzelner, der ehrlich denkt und sucht, von der KPD los. Aber jeder Einzelne, der in ehrlicher Selbstprüfung den Finger auf die wunden Punkte der deutschen Arbeiterbewegung legt, leistet der wahren Einheit der Arbeiterbewegung mit freimütiger Kritik und freimütigem Bekenntnis einen guten Dienst.

Stammtisch.

Von Erna Büling.

Im Garten stirbt das glanzvolle Leben eines Herbsttages. Rot und gelb fliehen die Blätter zur Erde, dumpf fällt ein überreifer Apfel vom Baum, und die Dämmerung kommt und windet ihre Schleiher um Strauch und Stamm.

In der verträumten Wirtshausveranda lärm ein Stammtisch. Was geht ihn das Herbstgold, was geht ihn das Abschiednehmen der Natur an?

„Ich bezahle die Schnäpse“, sagt der Wirt. „Ober, noch eine Runde“, schreit ein Glücksaussehender. „Ja, ja, alles auf deinen Jungen“, meckert ein Hagerer. „Ich war eben unterbrochen, ich wollte sagen, mit meiner Armeepistole“, brüllt, sich weit über den Tisch neigend, ein Mann, der nach Stütze der Ordnung aussieht. „Papa, du hast heute abend noch Dienst“, sagt dünnstimmig seine rau und fast ihn an den Arm.

Das vor dem Wirtshaus haltende Postauto bringt Gäste. Sie haben stehen müssen, und da sie gemohnt sind, für ihr Geld etwas zu verlangen, ist eine Fülle zurückgebrangter Kergers in ihren Mienen. Mißlautig nehmen sie in reservierter Haltung an einem Tisch Platz, bestellen Bier und entwickeln, als Dokument wohlangebrachter Sparsamkeit, knisternd steifem Pergamentpapier die Abendtraktstullen.

„Wir feiern die Geburt eines Jungen“, sagt der Wirt und begibt sich unter vielen Bücklingen zu den Neuangetommenen. Da diese, infolge ihrer guten Erziehung, sich jedem Familienereignis gegenüber anstandslos interessiert zeigen, außerdem ein Stammtisch immer noch Honoration aussieht, ziehen sie freundliche Mienen, fragen nach dem Vater und beglückwünschen ihn. „Danke gehoramt“, sagt der Glücksaussehende, verbeugt sich und knallt die Hacken aneinander.

„Ich bezahle die Schnäpse“, sagt der Wirt. „Ober, noch eine Runde“, schreit der Glücksaussehende. „Alles auf deinen Jungen“, meckert der Hagerer. „Sie mögen es glauben oder nicht, mit meiner Armeepistole“, brüllt der Mann, der nach Stütze der Ordnung aussieht. „Papa, du hast heute abend noch Dienst“, piepst seine Frau.

„Man hat doch keinen Augenblick Ruhe“, sagt die Wirtsfrau und watschelt entseht an den Stammtisch, um den jungen Vater zu beglückwünschen. „Wie ist's mit einem Abendbrot?“, fragt sie gleich darauf. „Wir haben herrliche Koteletts.“ „Jawohl“, sagt der junge Vater, „bringen Sie nur immer her.“ Und mit schwerer Junge zählt er, unter Zuhilfenahme der Finger 1, 2, 3, 4, 5, 6 Koteletts. „Ich esse meins nicht, aber bezahlen können Sie's ja“, sagt der Wirt, dem der genossene Alkohol die Seele in nader Schönheit entschleiert.

„Ich bezahle die Schnäpse“, sagt er gewohnheitsgemäß. „Ober, noch eine Runde“, lallt der Glückliche. „Alles auf den Jungen“, hört man den Hageren. „Meine Armeepistole“, feuert der Ordnung-

mann und „Papa, du hast heute abend noch Dienst“, feuert seine Frau.

Wandernde Jugend, Herbstlaub in den Händen, leuchtende Freude im Gesicht, kommt in das Wirtshaus. Die Jungen wollen fast von der Arbeitsfront und all den gleichgültigen Dingen des täglichen Lebens, darum gingen sie, Sehnsucht nach Freude im Herzen, Hunger nach Neuem in den Sinnen, für ein paar Erholungsstunden in den Herbsttag. Mit dem Postauto wollen sie heimfahren. Bescheiden bestellen sie Kaffee. „Die Kaffeebüchse ist geldlos“, sagt kurz die Wirtin, „trinkt man Milch.“ Dabei denkt sie, die hat ja doch schon einen Stroh weg und wäre morgen nicht mehr zu gebrauchen.

Am Stammtisch sagt der Wirt in verächtlichem Ton: „Diese Jugend, schlafen in den Herbergen oder im Heu, tochen selbst ab, wir waren früher besser unter Aufsicht.“ „Mein Junge wird anders erzogen“, sagt der Glückliche und hant mit der Faust auf den Tisch. „Das muß er auch“, sagt zwischen Schlaf und Wachen der Hagerer. „Das ist die sogenannte Freiheit und die herrliche neue Zeit“, feuert betrübt die scheinbare Stütze der Ordnung. „Ja, die Jugend verwildert ganz“, jammert die Frau. „Was soll man sich ärgern“, meint der Wirt, „wir sind ja noch aus der guten alten Zeit. Ich bezahle die Schnäpse“ — — „Ober, noch eine Runde“ — — „Alles auf deinen Jungen“ — — „Ja, mit meiner Armeepistole“ — — „Papa, du hast heute abend noch Dienst.“

Ich denke an den Reugeborenen. Ach, lieber, kleiner Junge, mögest du doch ein Hercules werden, — damit dich der Stammtisch nicht unterkräftigt.

„Frau Warrens Gewerbe“, diese guttische Komödie, in der sechs Personen (von ihren Autor fanden, verdient es, daß man sie über den eiskalten „neuen“ Schaw's der dies- und vorjährigen Winterspielzeit nicht vergißt. Indessen, was für uns in Deutschland „alter“, lozulegen bereits „klassischer“ Schaw geworden ist, ist für England heute allernueste Theaterentzation. Werden doch in diesem köstlichen Stück den weitaus besseren Kreisen des präden, bigotten Britannien so jastige Wahrheiten gesagt, daß es bisher nicht allein working, sondern dort drüben regelrecht verboten ist. Eine Eintagsfliege, ein gesellschaftliches Müllstück, das veraltet und verstaubt, sobald die Voraussetzungen schwinden, auf denen seine Wirkungen sich aufbauen (wie mancher Döns heute)? Sei es drum, denn Meister Bernhard, der mit diesem Volkstreffler seinerzeit genug getan hat, hat genug getan für alle Zeiten! Noch aber erprobieren die Wahrheiten aus dem Munde der Frau Warren mit dem ebenso zweifelhaften wie einträglichem Gewerbe, die Dinge durchaus beim rechten Namen nennen muß, vor dem recht feuergefährlichen, brüchigen und vermotteten Hintergrund einer noch unveränderten und unveränderlichen „guten Gesellschaft“. — In der Aufführung des „Theaters in der Klosterstraße“ (frühere Goethebühne) waltete eifriges Bemühen, dem Stücke gerecht zu werden. Dies Ziel wurde in erster Linie erreicht durch die unerhörte echte, vibrierende lebendige Vertöpfung der Frau Warren durch Leonie Dupal. Kofotte, schreiendes Marktweib, Unternehmerin

und Mutter gelangen ihr gleich überzeugend. Ueber ihre Zutat eines leisen Schusses Hysterie ließe sich streiten, aber alles in allem, es war eine runde Leistung! Die Birole der Maria Reukirchen stand nicht auf der gleichen Höhe, sie wirkte matt und gekünstelt, das Burschlose der Rolle übertriebene und forciert. Mehr Ausdruck und mehr angewandte „Zweckgenauigkeit“! Die Rollen der Männer um die beiden Frauen herum wurden sauber und ordentlich gespielt, vor allem Ernst Bringold war als Frank Gardner ein lebenswürdiger Taugenichts. — Das Bühnenbild war für Berliner Verhältnisse und Ansprüche reichlich dürftig. Das gubebüchste Haus zeigte sich aufmerksam und dankbar. J. S.

Schamweltmeister Laster als Psychologe. Ein Abend der Anregungen, natürlich nicht der Zuendeführungen, in Rolis Psychologisches Institut. Das einleitende Referat hielt Emanuel Laster, der nicht nur der Hervorragende der Schachspieler, sondern, wie die Jüngstigen behaupten, auch ein sehr bedeutender Philosoph und Mathematiker ist. Laster behandelte die These, daß, wie in den anderen Wissenschaften, so auch in der Psychologie von exakten Gesetzen nicht gesprochen werden kann. John Spencer hat festgestellt, daß es keine einfachen unkomplizierten Gesetze gibt, sondern daß alle ihre Entwicklungsgeschichte haben. Es gibt nur alte und junge Gebilde: das Toffen ist älter als das Sehen, Hunger und Liebe sind älter als der Genuß. Das psychologisch „Einfache“ ist also nicht als etwas Einfaches zu begreifen. Jede beliebige Tätigkeit hat mit Naturnotwendigkeit eine „Schwelle“ (Schwelle). Daher kann man sich bei der Beobachtung nur eines festen Diagramms bedienen, wenn man zu der beobachteten Tatsache die Summe der Abweichungen und Fehlschläge registriert. So muß man bei Geburtsfeststellungen an die Einflüsse der Ernährung, der Temperatur usw. denken. Theorie und Praxis stimmen nicht reiflos überein. So ist das Ideal der eindeutigen Bestimmung vorläufig nicht erreichbar. Selbst die Gelege der Ethik gelten nur, so lange sie den Gesetzen des absoluten Lebens nicht widersprechen, und die Diagnose einer Krankheit muß mit die Diagnose eines Kampfes sein. Aber sicher ist der Tag nicht fern, wo man allgemein einsehen wird, daß man in der Wissenschaft mit dem Indeterminismus ausgezeichnet auskommen kann. — Eine fruchtbare Aussprache knüpfte sich an, in der von gefassten Leuten mancherlei Gescheltes gesagt wurde. Und nicht nur Gescheltes, auch Schönes: Troh einiger Widersprüche ergab sich nämlich Einhelligkeit darüber, daß eben dem positiven Wissenschaftsglauben und damit einer Weltgläubigkeit und Weltbejahung überhaupt kaum widersprochen werden kann. Es ergab sich, daß das Spekulative in der Praxis alles andere als nihilistisch und trostlos ist, auch wenn es ewig spekulativ bleibt. Es zeigte sich schließlich, daß man nicht mehr ausschließlich nach des Lebens Sinn unfruchtig wählt, sondern daß die moderne Wissenschaft positiv arbeitet und für uns alle Kenntnis, Erkenntnis und Wissen schafft. Fast glaube ich resumieren zu dürfen, moderne Wissenschaft ist eine Sache der Gemeinschaft, Sache des Sozialismus. Ergo.

Die Impressionisten-Ausstellung bei Paul Cassirer wird am Sonntag den 18. geschlossen. Am 21. wird eine Sonderausstellung von Georg Kolbe eröffnet.

Der „Beauftragte Seiner Majestät“.

Nur Mißverständnis oder Mangel an Bekennermut?

Die B.S.-Korrespondenz verbreitet folgende Erklärung:

In der „Neuen Preussischen (Kreuz) Zeitung“ Nr. 484 vom 15. Oktober hat General Sigt von Armin gegen die im „Barwärts“ erschienene Wiedergabe seiner Rede am verflochtenen Sonntag Stellung genommen und dabei erklärt, daß seine Ausführungen falsch wiedergegeben seien.

Der von General Sigt von Armin angezeigte Bericht enthalte unferer Korrespondenz. Wir erklären, daß wir an unserer Darstellung unbedingt festhalten. Die Rede des Generals Sigt von Armin ist von einem gewissen Journalisten aufgenommen worden, der in absolut objektiver Weise die Ausführungen des Redners festgehalten hat.

Für den General Sigt v. Armin bedeutet diese Erklärung entweder, daß er nicht weiß, was er gesagt hat, oder daß er nicht zu seinem Wort steht. In dem einen wie in dem andern Falle wäre das Regime Wilhelms II. durch diesen „Beauftragten Seiner Majestät“ in einer Weise vertreten worden, die seinem Wesen vollständig entspricht.

Persönlich ist dieser General in eine ganz unmögliche Situation gekommen. Am Sonntag (Schneidig, unerbittlich, forsch bis auf die Knochen. Am Donnerstag will er nichts gesagt haben. Herr Sigt v. Armin wird endlich unserer Aufforderung nachkommen müssen, öffentlich zu erklären, was er gesagt haben will und was er nicht gesagt haben will.

Ja, ich bin klug und weise ...

Wie ein Bürgermeister die Wahl macht.

Zu den am 4. Mai u. J. porzunehmenden Gemeindevahlen in Freienfels (Kr. Weiburg) war am 15. April der Wahlorschlag für die Sozialdemokratische Partei beim Bürgermeister eingereicht worden. Da der Bürgermeister feststellte, daß die Unterschrift eines Mitunterzeichners Klein unter dem Wahlorschlag nicht von Klein selbst, sondern in dessen Einverständnis von der Tochter des einreichenden Genossen A. vollzogen war, erklärte er, es handle sich um eine Urkundenfälschung. In einer Besprechung am 19. April, zu welcher der Vertrauensmann der Sozialdemokraten D. und mehrere Genossen geladen worden waren, hielt der Bürgermeister den Geladenen die „Urkundenfälschung“ vor, die bestraft werde. Nach einigem Zögern nahm D. den Wahlorschlag zurück.

Der Bürgermeister erhielt alsdann einen Bescheid des Landratsamts, daß keine Urkundenfälschung vorliege, die Unterschrift sei mit Einverständnis des Klein abgegeben worden, es gebe keine Vorchrift, welche die eigenhändige Unterzeichnung des Wahlorschlages fordere.

Der Bürgermeister schloß nunmehr den alten Wahlausschuß, in dem die Sozialdemokraten die Mehrheit hatten, ab und berief einen neuen Wahlausschuß; seine Handlungsweise wurde von der Gemeindevertretung in der Sitzung vom 27. April gebilligt, nachdem die Sozialdemokraten den Sitzungssaal verlassen hatten. Gegen die Wahl erhoben A. und Genossen Einspruch, der aber abgewiesen wurde.

Auf die von A. erhobene Klage erklärte der Kreisaußschuß die Wahlen für ungültig und betonte, der Bürgermeister sei nicht berechtigt gewesen, den alten Wahlausschuß durch einen neuen zu ersetzen; die Vermutung erfolge berechtigt, daß der Bürgermeister die Bildung des neuen Wahlausschusses vorgenommen habe, um die Sozialdemokraten auszuschalten. Diese Maßnahme des Bürgermeisters mußte von entscheidendem Einfluß auf das Wahlergebnis sein.

Die von der Gemeindevertretung eingelegte Berufung wies der Bezirksauschuß zunächst durch Vorbescheid ab, da der Bürgermeister als Wahlvorsteher verpflichtet gewesen sei, auf etwaige Mängel in dem Wahlorschlag aufmerksam zu machen und ihre Abstellung bis zum 6. Tage vor der Wahl zu fordern; eine nachträgliche Ergänzung des Wahlorschlages sei nicht zulässig gewesen. Dadurch, daß der Bürgermeister D. und Genossen durch seine Erklärung zur Zurücknahme des Wahlorschlages veranlaßt, sei das Wahlergebnis unmittelbar beeinflusst worden.

In der mündlichen Verhandlung gelangte aber der Bezirksauschuß zur Abweisung der von den Sozialdemokraten erhobenen Klage und erachtete die vom Vertrauensmann D. der Sozialdemokratischen Partei abgegebenen Erklärung auf Zurückziehung des Wahlorschlages für rechtmäßig; sei auch die Belehrung des Bürgermeisters unrichtig gewesen, so könne daraus nicht geschlossen werden, daß D. den Wahlorschlag nicht aus freier Entscheidung zurückgezogen habe.

Auf die Revision hob aber jetzt das Oberverwaltungsgericht die Vorentscheidung auf und bestätigte die Entscheidung des Kreisaußschusses, welcher die Wahlen für ungültig erklärt hatte. Nach § 3 der Wahlordnung, so führte das Oberverwaltungsgericht begründend aus, habe der für einen Abstimmungsbezirk gewählte Wahlvorstand die Wahlhandlung durchzuführen und das Wahlergebnis festzustellen. In Gemeinden, welche nur einen Abstimmungsbezirk haben, sei der Wahlvorstand gleichzeitig Wahlausschuß. Der vom Bürgermeister ernannte Wahlausschuß sei nicht gesetzmäßig gebildet worden. Nach § 6 werden die Beisitzer von der Gemeindevertretung gewählt. Allerdings sei am 5. März u. J. eine Ergänzungsvorschrift des Ministers zur Wahlordnung erlassen worden, wonach die Beisitzer nicht gewählt zu werden brauchen, sondern vom Wahlvorsteher berufen werden können. Vorliegend sei aber der ordnungsmäßig gebildete Wahlausschuß bereits in Funktion getreten; kurz vor der Wahl dürfe eine Änderung des Wahlausschusses nicht mehr erfolgen. Da dies vorliegend geschehen sei, müsse dieser Umstand die Ungültigkeit der angefochtenen Wahlen zur Folge haben.

Humor in ernster Zeit.

Die Novemberheiligen aus Bayern melden sich.

Hast hätte man den Novemberspuk aus dem Münchener Bürgerbräu schon vergessen, obgleich erst zwei Jahre ins Land gegangen sind, seit Hitler, Rahr, Lössow und Ludendorff den Versuch unternahmen, den Marsch nach Berlin anzutreten.

Seit der Zeit sind die Helden in ihrer eigenen Väterlichkeit begraben. Keiner kümmert sich mehr um sie. Deshalb müssen sie sich zeitweilig wieder einmal in Erinnerung bringen. Das geschieht oft unter den seltsamsten Verrenkungen. Aus dem großen Hitlertrio hat sich etwa ein „Frontkriegerbund e. V.“ gebildet. Niemand weiß, wer ihm angehört, wer — außer einigen beschäftigungslosen Offizieren — dem „e. V.“ das Recht gibt, sich überhaupt als „Kriegerbund“ zu bezeichnen. Aber dafür hat er eine Klappe, wie sie etwa früher auf militärischen Kontrollverordnungen zu hören war. Ebenso kräftig und ebenso unfreiwillig humoristisch.

Der „Frontkriegerbund e. V.“ gibt in einer feierlichen Kundgebung im Hitlerblatt die „Forderungen“ bekannt, die nach seiner

Städtische Betriebe und Gemeindevahlen.

Vergebliche Geschichtsklitterung.

Im Wahlkampf spielen die Städtischen Werke eine entscheidende Rolle. Ihre Erhaltung im Besitz der Stadt ist so eindeutig ein Verdienst der Sozialdemokratie, daß unsere Fraktion mit Recht auf diesen Erfolg der sozialdemokratischen Haltung stolz sein kann. Um so mehr haben wir Veranlassung, den Geschichtsklitterern entgegenzutreten, die z. B. jetzt von Herrn Paul Michaelis im „Berliner Tageblatt“ verbreitet werden. Er behauptet, daß erst im September 1923 nach dem Zusammenbruch der Straßenbahn ein Systemwechsel vorgenommen sei und daß die Demokraten dazu den Anstoß gegeben hätten. In Wirklichkeit haben sich die Dinge ganz anders abgespielt. Die erste Leistung der neugewählten bürgerlichen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung war die Einsetzung eines sogenannten „Sachverständigenausschusses“, an dessen Spitze ausgesprochen der Konkurrent der Stadt, der Generaldirektor Heß von der Deutschen Gasgesellschaft, der Gasbetriebsgesellschaft und den Charlottenburger Wasserwerken, gestellt wurde. Diese Herrschaften kamen selbstverständlich zu dem Ergebnis, daß die Städtischen Werke infolge des Krieges stark heruntergewirtschaftet seien (eine große Reinigkeit!), und daß privates Kapital herangezogen werden müsse. Auf Grund dieses Gutachtens verlangten dann die bürgerlichen Parteien unter Führung der Volkspartei und eifriger Hilfsstellung der Demokraten die Bildung einer Aktiengesellschaft, der der Besitz an den Städtischen Werken zu übertragen sei und an der, was entscheidend ist, privates Kapital beteiligt werden müsse. Eine besondere Lieblingsidee der bürgerlichen Fraktion war der Verkauf von Aktien an der Börse, um Betriebskapital für die notleidenden Werke zu gewinnen. Darüber ist das ganze Jahr 1922 verhandelt worden. Diese Verträge der Bürgerlichen scheiterten an dem Widerstand der Sozialdemokratie in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat, der damals noch eine sozialdemokratische Mehrheit hatte. Erst als die bürgerlichen Parteien sahen, daß alle ihre Bemühungen, bequemen sie sich dazu, den Vorschlägen des Stadtbaurats Horten zuzustimmen, wonach eine Betriebsgesellschaft in Form einer G. m. b. H. gebildet werden sollte. Dabei behielt die Stadt den vollen Besitz und die G. m. b. H., deren Anteile selbstverständlich ebenfalls restlos in der Hand der Stadt sein sollten, hätte den Betrieb der Werke übernommen. Diese Vorschläge Hortens wurden von der Sozialdemokratie aufs eifrigste unterstützt. Nicht nur der berüchtigte Renegat Reuter-Friesland trat für sie ein, sondern auch die Kommunisten waren bereit, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten. Ende 1922 und Anfang 1923 waren die Sitzungen für eine solche Gesellschaft fix und fertig. Im Ausschuss hatten schließlich auch die bürgerlichen Parteien, weil ihre Entkommunalisierungsversuche gescheitert waren, die Vorgänge in dieser Form akzeptiert. Im Plenum aber machten sie Anfang 1923 geschlossen noch einmal einen Versuch, die Dinge in ihrem Sinne zu beeinflussen; das Ergebnis war eine be-

nahe einjährige Verschleppung. Die Bürgerlichen erreichten als einzigen Erfolg die Umwandlung der G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft und die Bildung von drei Gesellschaften anstelle einer, wie es die Sozialdemokratie vorgeschlagen hatte. Beweis keine weiterführenden Erfolge. Die Werke aber haben unter dieser zweijährigen Verschleppungspolitik der bürgerlichen Parteien schwer gelitten. Geradezu grotesk ist es, wenn Herr Paul Michaelis, derselbe Mann, der morgens und abends im „B. L.“ für die Heranziehung von Privatkapital eintrat, die jegliche Regelung als Erfolg des Bürgerturns hinstellt. Die jegliche Regelung ist in der Sache und in dem allein entscheidenden Punkt der Ausschaltung privaten Kapitals nur der Haltung der Sozialdemokratie zu verdanken.

Ebenso lächerlich ist es, wenn aus wahltaktischen Gründen der Sozialdemokratie unterstellt wird, sie wolle die Selbständigkeit der Werke beseitigen. Die Selbständigkeit der Werke wird vielmehr von bürgerlicher Seite ununterbrochen angegriffen. Der erste, der im Plenum der Stadtverordnetenversammlung davon sprach, daß man die Gesellschaftsbildung rückgängig machen müsse, war der völksparteiliche Stadtverordnete Dr. Caspari. Den wütendsten Kampf gegen eine ausreichende Kapitalausstattung der Werke führte Herr v. Egnern, der doktrinaire Vorkämpfer privatkapitalistischer Interessen. Diesen Herrschaften ist nichts so unangenehm, wie die Tatsache, daß die Städtischen Werke sich finanziell zu selbständigen und leistungsfähigen Gebilden entwickelt haben. Wenn die Kommunisten im Wahlkampf so tun, als ob die Aufrechterhaltung des Regiebetriebes in der alten Form eine sozialistische Forderung sei, so kann jeder, der die Verhandlungen der letzten Jahre mitgemacht hat, darüber nur lachen. Die kommunistischen Vertreter haben unter vier Augen selber zugegeben, daß in der Verwaltungsform durchgreifende Änderungen unbedingt notwendig seien, wenn die Werke nicht in Schmutzgerichten kommen sollten. Ihre Haltung ist lediglich von rein parteidemagogischen Gründen diktiert; das Schicksal der Städtischen Unternehmungen ist ihnen stets gleichgültig gewesen.

Die bürgerlichen Parteien sollen sich aber nicht einbilden, daß ihre Stellung zu den Städtischen Werken im Wahlkampf verschleierte werden könnte. Sie haben noch in den letzten Monaten der Auslandsreise für den Ausbau der Elektrizitätswerte die größten Schwierigkeiten gemacht. Durch ihre Haltung bei der Kündigung der Wasserlieferungsverträge für Schöneberg und Steglitz haben sie ganz offensichtlich sich bemüht, der privaten Charlottenburger Dividendengesellschaft Hilfsleistung zu leisten. Die Kündigung der Stromlieferungsverträge mit den Vororts-Elektrizitätswerken haben sie in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen zu hinterziehen versucht; ihre Absichten sind nur an der Wachsamkeit der sozialdemokratischen Vertreter gescheitert. Ihnen ist es zu allerleicht zu verhandeln, wenn heute die Städtischen Werke zum Rückgrat der Gemeindevirtschaft geworden sind.

Reinigung die deutsche Delegation in Locarno hätte stellen müssen. Darunter befindet sich auch diese Erklärung:

„Trotzdem verpflichten wir uns feierlich, Frankreich niemals anzugreifen, solange wir nur 100 000 Mann unter Waffen haben.“

Das soll wahrscheinlich ein Witz sein. Aber da dieser „Witz“ veröffentlicht wird mit dem stolzen Titel „Frontkriegerbund e. V.“ veröffentlicht wird mit dem stolzen Titel „Frontkriegerbund e. V.“, so können linkeingeweihte in Deutschland und Bismillige im Ausland daraus allerhand für Deutschland unangenehme Schlussfolgerungen ziehen. Deshalb hängen wir die Dummheit niedriger mit dem Hinweis, daß dieser „Frontkriegerbund e. V.“ nichts anderes darstellt als einen Regierklub Hitlerscher Prägung. Das sagt genug!

Deutschnationale unter sich.

Erhebende Kundgebung der Hausbesitzer.

Der „Deutschnationale Bund der Hauswirte“ (Vorstand: Georg Staegemann) übermittelt der Presse folgenden Bericht:

„Der Landesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei hatte den Groß-Berliner Hausbesitz zu einer „Kundgebung“ zum Montag, den 12. Oktober 1925, nach dem Bürgerhaute des Rathauses geladen. Ganze 150 Mannetens waren dem Ruf gefolgt. Fröhliche Wege saßelte in den einleitenden Worten etwas von großer Weisheit und kleiner Weisheit. Uns schien es, als wenn die ganze Kundgebung ein Stroh ins Bienenstich war. Der Vorstand machte einen erbarungswürdigen Eindruck; man sah förmlich die Welne schlottern. Der deutschnationale Stadtwahlleiter Dr. Richter hatte unser „Kennwort“ „Deutschnationaler Bund der Hauswirte“ beanstandet, so daß wir dasselbe in „Staegemanns nationaler Bund der Hauswirte“ umändern mußten. Fröhliche Wege dagegen erklärte in der Verammlung dreist, daß die Deutschnationale Volkspartei nichts damit zu tun hat! Die Deutsche Volkspartei hatte uns zwecks Vermeidung von Reststimmverlusten eine Wahlverbindung angeboten, die Deutschnationale Volkspartei hat durch Protest diese Wahlverbindung vereitelt!

Die Reichstagsabgeordneten kündeten sie fühlten an als Redner in den Solymannschen Zeitung, aber keiner der angefügten Redner ließ sich sehen, auch Laverenz wählte der Tapferkeit besseren Teil. In Berlin konnte man keinen Redner aufreiben, alles dankte für Bäckerei und Röhre, und der arme Landtagsabgeordnete Hewe aus Kiel mußte herbeieilen, um die unbedenkliche Aufgabe zu übernehmen, Berlin aus der Postkarte zu helfen. Er erzählte viel, wie schlecht es dem Hausbesitz ginge, alles ohne Kamellen. Hewe bemühte sich redlich, mit nichtsagenden Worten die Zeit totzuschlagen. Und weiter hatten sie sich einen Stadtverordneten Fiedler mit ausgesprochenem mosaischem Pönim verschrieben. Der Mann redete viel mit der Hand, mit einer Blume im Knopfloch, das war gewiß die Rose von Jerichow. Hinter mir hörte ich einen Zuruf: „Ach bin Demokrat, aber so'n Idiot haben wir nicht aufzuweisen.“

Alles döhte gelangweilt vor sich hin und wartete auf einen günstigen Augenblick, um verschwinden zu können. Und einer nach dem andern verschwand auch. Eine wahrhaft übermannende Kundgebung des Berliner Hausbesitzes! Alles wartete gespannt auf den Augenblick, daß dann endlich etwas von Taten hören würde, aber vergeblich, es plätscherte munter weiter nichtsagendes Gewäsch. Eine Einigkeit über die Wohnungsnot haben sie beantragt, das war ihre große Heldentat. Alles sehnte sich nach einem Hoffnungsstrahl, der in die Zukunft wies, aber bittere Enttäuschung wartete der Zuhörer, und einer nach dem anderen schlug sich seitwärts in die Büsche.

Der jüdisch dreinschauende Mann erzählte umständlich, wie lang und wie breit und wie dick die Kanalisation ist, mancher Zuhörer wünschte vielleicht, daß der Mann schleunigst selbst in der Kanalisation verschwinden möchte. Schließlich wurde auch mir ganz übel von diesen anrüchigen Dingen, daß ich fluchtartig die Stätte des Grauens verließ. Ich konnte mich des Einbruchs nicht erwehren, in der Synagoge gemeldet zu sein. Es war eine erhebende Kundgebung des Hausbesitzes für die Deutschnationale

Volkspartei. Die Hauswirte, die bei der kommenden Wahl die Deutschnationale Volkspartei wählen werden, wird man gestraft in einer Drohsche nach Hause fahren können. Wenn aber Stimmen verlorengehen, so trifft die alleinige Schuld die Dickschichtigkeit der Deutschnationalen Volkspartei, die eine Wahlverbindung mit der Deutschen Volkspartei durch ihren Protest verhindert hat. Damit Fröhliche Wege nicht wieder in Eilezeitung kommt, dies abzustreiten, wollen wir ihm verraten, daß der deutschnationale Stadtwahlleiter Dr. Richter diesen Protest in öffentlicher Sitzung des Stadtwahlaußschusses feierlichen verkündet hat.“

Das ist das geistige Niveau, auf dem die Deutschnationalen ihre Kämpfe untereinander führen!

Herriots Programmrede

als Erklärung der radikalen Partei angenommen.

Paris, 16. Oktober. (W.B.) Zu Beginn der Vormittags-sitzung des radikal-sozialistischen Parteitages in Rizza eröffnete Herriot die sachlichen Arbeiten des Kongresses mit einer Programmrede: „Dadurch, daß das französische Volk bei den Kommunal- und Departementswahlen in diesem Jahre sich von neuem für das Kartell der Linken ausgesprochen hat, haben die Wähler einen bestimmten Willen geäußert. Die Koalition des nationalen Blodes hat nach und nach den moralischen Kredit, den Frankreich sich durch seine Opfer erworben hatte, vergeudet. Die Wähler haben erfaßt, daß unsere Finanzlage durch eine Politik der Notbeihilfe und der Anleihen immer schwieriger wurde. Sie hatten es satt, Illusionen nachzulassen. Sie haben deshalb den Demokraten die Einigkeit aller wahrhaft demokratischen Elemente ausgezungen. Sie haben nicht für diese oder jene Fraktion gestimmt, daher würden sie sich heute wundern, wenn sie erfahren würden, daß irgendeine dieser Koalitionsparteien die Ehre und den Nutzen der Wählerfolge für sich in Anspruch nehmen würde. Das Volk hat das Kartell der Linken für die Wiederherstellung des etwas verlassenen republikanischen Wertes bestimmt und gleichzeitig für die Durchführung der vielen Versprechungen, die ihm während des Krieges gemacht worden sind. Wir dürfen keinen Augenblick den Ursprung der jetzigen Kammer außer Acht lassen.“

Zur Außenpolitik sagte Herriot: „Wir verkennen nicht die Schwerezeiten außen- und innenpolitischer Art, die uns heute gemessen in einem eisernen Ringe umfassen halten. Aber sollte eine Politik der verschleppenden Behandlung aller Fragen fortgesetzt werden, die uns die politische Isolierung gebracht hat und die uns um die Früchte unseres Sieges gebracht hat? Diese Politik hat sich gegen Abkommen, die auf dem Wege der Erfüllung waren, ausgesprochen, sie hat sich gewiegert, Vorschläge zu diskutieren, denen man heute noch nachsteuern muß. Sie hat dem nationalen Dünkel den Vorrang gegeben vor gewissen Übereinkommen, denen wir heute die Wiederherstellung des internationalen Zusammenarbeitens verdanken. Heute macht man uns den Vorwurf, daß wir das Ruhrgebiet geräumt haben, als wenn das nicht die Folge unserer Verpflichtung gewesen wäre, die wir als lokales Volk vorher übernommen hatten. Gerade als ob diese Befehle für unsere Truppen nicht mehr eine Gefahr als ein Schutz gewesen wäre. Wir erklären, daß

die Räumung des Ruhrgebietes es uns ermöglicht hat, in Marokko durchzuhalten.“

Unsere radikale Politik hat seit langem auf alles verzichtet, was der Imperialismus erstrebt. Wir erklären nochmals feierlich vor aller Welt, daß wir keine neuen Gebiete erobern wollen. Wir sind mit unseren jetzigen Grenzen zufrieden, nachdem wir Eish-Votbringen zurückerobert haben. Wir erklären ferner feierlich, daß wir den Frieden wollen, für den unsere Soldaten gestorben sind. Ich würde mich niemals entschuldigen können, wenn ich nicht in das Londoner Abkommen das Schiedsgerichtsverfahren eingeführt hätte, und wenn ich nicht dadurch eine feste Formel der Sicherheit und der Entwaffnung geschmiedet hätte. Ich treue mich heute, daß ein Sicherheitspakt ausgearbeitet wird. Er ist Vorbedingung für andere Abkommen, die nicht nur auf politischem Gebiete, sondern auch auf wirtschaftlichem, ja sogar auf intellektuellem Gebiet erfolgen müssen. 1

Gewerkschaftsbewegung

Der Lohnkampf der städtischen Arbeiter.

Schiedspruch gegen Magistrat.

Am 8. Oktober hat die tarifliche Schiedsstelle unter Vorsitz des Ratsdirektors Dr. Pläker einen Schiedspruch gefällt, der den Kammerearbeitern anstatt der geforderten Lohnerhöhung von 10 Pf. je Stunde, eine Erhöhung von drei Pfennigen zugestand. Dieses geringe Zugeständnis wurde in der Begründung des Schiedspruchs dem Magistrat gegenüber besonders zu rechtfertigen versucht und deshalb gesagt:

Auch wenn die Preissteigerungsbestrebungen zu einem Festhalten oder gar Sinken der jetzigen Lebenshaltungskosten führen sollten, und auch bei voller Berücksichtigung der Notwendigkeit größter Einschränkungen auf allen Wirtschaftsebenen, erscheint doch im Augenblick eine weitere Lohnerhöhung noch erforderlich.

Allerdings wird zurzeit gerade mit Rücksicht auf die oben angeführten beiden Gesichtspunkte das Maß der Erhöhung nur ein geringes sein dürfen. Es werden daher die Spitzenlöhne der ungelernnten, angelernten Arbeiter und Handwerker vom 8. Oktober ab um 3 Pf. pro Stunde erhöht.

Wie nun der Magistrat entgegen dieser grundsätzlichen Begründung einer Lohnerhöhung es fertig brachte, selbst diesen Schiedspruch abzulehnen, das bleibt sein Geheimnis. Stichtätige Gründe kann er dieser Begründung des materiell dürftigen Schiedspruchs nicht entgegenstellen. Der Magistrat hat denn auch keine Gründe für seine Ablehnung angegeben. Er kann die Verwerfung dieses Schiedspruchs nicht rechtfertigen.

Versteht man das unbegreifliche Verhalten des Magistrats in diesem Falle zu erklären, dann kann man nur zu der Auffassung kommen, daß der Berliner Magistrat sich auf den Standpunkt festgelegt, sich darauf verpflichtet hat, grundsätzlich keiner Lohnerhöhung zuzustimmen, weil die Arbeitgeberverbände im Einvernehmen mit der Reichsregierung keine Lohnerhöhung zulassen wollen. In diesem Falle aber hätte der Berliner Magistrat sich püflicher als der Papst gezeigt.

Erst nachdem der Magistrat den Kammerearbeiterschiedspruch abgelehnt hatte, lehnten ihn auch die Kammerearbeiter ab, denen ebenfalls die Ablehnung nicht leicht gemacht war. Also auch in tatsächlicher Hinsicht ist das Verhalten des Magistrats von seinem Arbeitgeberstandpunkt aus verfehlt. Die Arbeitnehmer hatten wahrlich mehr Grund für die Ablehnung des Schiedspruchs. Ihre Forderung auf Herabsetzung der Altersgrenze der Vollarbeiter wurde im Schiedspruch abgelehnt. Und in dem Augenblick, in dem sie sich mit einer Lohnzulage von 3 Pf. zunächst zufrieden gaben, schufen sie damit eine gewisse Bindung für die Gas- und Wasserwerksarbeiter, die sich mit einer Dreihundertprozentzulage nicht begnügen können.

Das Verhalten der Direktion der Gas- und Wasserwerke liegt ganz in der Richtung des Standpunktes des Magistrats. Man vergleiche die fadenförmige bis nach Vocarno gesponnene Begründung dieses Schiedspruchs mit der Begründung des Kammerearbeiterschiedspruchs, um sofort zu erkennen, daß jener erste Schiedspruch in seinem grundsätzlichen Teil die Logik für sich hat, der Schiedspruch für die Gas- und Wasserwerksarbeiter jedoch die Absicht zur Voraussetzung hat, unter keinen Umständen eine Lohnzulage zuzugestehen.

Gewiß, es ist das Bequemere, jede Lohnforderung rundweg abzulehnen. Allein die Herren sollten doch soviel Erfahrung gewonnen haben, um zu wissen, daß es damit nicht getan ist. Das wird sich schon in den aller nächsten Tagen deutlich zeigen.

Der Zelleneubau der KPD.

Bureaucratische Umstellung.

In den „Anweisungen zur Durchführung der Reorganisation der KPD.“ nach dem Rundschreiben Nr. 3 steht nach wie vor die Eroberung der Betriebe und die „Eroberung der Gewerkschaften“ im Vordergrund. „Das sind die zwei entscheidenden Aufgaben, von deren Lösung es abhängt, ob die Partei (d. h. die KPD.) ihre historische Mission durchführen kann.“ Obwohl die Gewerkschaften die gegebene Organisation für die Forderungen der Arbeiter sind will die KPD. „den Kampf um die Arbeiterforderungen organisieren und in allen Kämpfen, seien sie klein oder groß, an der Spitze der Massen stehen.“

Die Herstellung der „Gewerkschaftseinheit“ (mechanische Einheit, um die Einheit der Gewerkschaftsidee zu zerstören, D. B.) ist augenblicklich die dringendste Aufgabe der KPD. Das Schwerkgewicht der gesamten politisch-organisatorischen Arbeit der Partei ist in die Betriebe zu verlegen, mit dem Ziel, die Massen in den Betrieben zu erobern. Die Hauptkräfte sind zuerst auf die wichtigsten Industrieerlöse bzw. Betriebe zu konzentrieren. „Bei der Durchführung der Reorganisation besteht die wichtigste Aufgabe jeder Leitung in der Politisierung der Zellen.“

Die KPD. stellt sich zunächst auf das bürocratische System der Registrierung um. Sie gibt Fragebogen heraus,

deren genaue Ausfüllung sie fordert und „Kontrolle der Registrierung“. Die Registrierfragebogen werden von der Leitung gesammelt, betriebsweise geordnet, dann an die Betriebszellen weitergeleitet. Die Parteileitung veranlaßt und kontrolliert die Zusammenfassung der in den Betrieben beschäftigten Genossen zu Betriebszellen.

Jede Ortsgruppenleitung registriert die in ihrem Gebiet befindlichen Betriebe, Werkstätten, Bureaus usw. und schickt die Liste der Betriebe an die Unterbezirks- bzw. Bezirksleitung. Die Registrierung muß einen Ueberblick über die Wichtigkeit der einzelnen Betriebe geben. Sie muß enthalten: Name des Betriebes, Art der Produktion, Belegschaftsstärke, Konzernzugehörigkeit, Gewerkschaftsverhältnisse, Zusammenfassung des Betriebsrats usw.

Die Konstituierung der Betriebszellen muß zuerst in den wichtigsten Betrieben vorgenommen werden. Dabei muß ein Mitglied der Parteileitung anwesend sein, um der Zelle bei ihren ersten Schritten zu helfen. Die Zellenleitung besteht aus drei oder mehreren Genossen. In die Leitung sollen die politisch geschultesten Genossen gewählt werden. Besonderer Wert ist zu legen auf die Wahl eines tüchtigen Gewerkschaftsleiters. Als die wichtigsten Arbeitsgebiete die die Zellenleitung unter sich verteilt, werden Gewerkschaft, „Agitprop“ und Kasse bezeichnet.

Je nach den Betriebsverhältnissen werden Abteilungsleiter in den einzelnen Fabrikabteilungen, Sälen, Gruben usw. bestimmt. Die Mitglieder der Zellenleitung müssen möglichst kurz zusammenkommen (z. B. in der Pause, auf dem Hin- und Rückweg vom Betrieb usw.), um sich zu verständigen, Parolen der örtlichen Leitung entgegenzunehmen usw. Jede Zelle registriert ihre Mitglieder nach Betrieb und Wohnort. Sofort nach Konstituierung einer Zelle hat die Zellenleitung die Verbindung mit der Zellengruppe bzw. der örtlichen Parteileitung herzustellen. Die Zellensammlung, die regelmäßig alle acht Tage stattfinden soll, „tagt illegal“. An ihr nehmen die Parteigenossen unter solchen Bedingungen teil, daß die Zelle nicht gefährdet ist.

Die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb.

Das Schwerkgewicht der Arbeit und der Kräfte innerhalb des Betriebes ist auf die Gewerkschaftsarbeit zu legen. In vielen Betrieben ist ein großer Teil der Belegschaft unorganisiert. (Dank der Duertreiberei der KPD.) Die mit der KPD. sympathisierenden Arbeiter sind, wie die tägliche Erfahrung lehrt, bei systematischer Arbeit der Betriebszelle leicht in die Gewerkschaften zurückzuführen. Unter den Maßnahmen, die vor allem durchzuführen sind, werden aufgeführt:

Kontrolle der Gewerkschaftszugehörigkeit jedes Mitglieds der Betriebszelle durch vierwöchige Kontrolle der Mitgliedsbücher, worüber der Zellenleitung zu berichten ist. Spezielle Beauftragung einzelner Genossen durch die Leitung der Zelle zur Arbeit in den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften. Diese Genossen haben besonders die Fragen dieser Verbände zu studieren und der Zelle zur Agitation konkretes Material zu beschaffen. Aufbau und Belegung bzw. Eroberung des gewerkschaftlichen Funktionärspersonals. Herausgabe einer Betriebszellenzeitung in jedem Groß- oder Mittelbetrieb, in dem eine Zelle besteht und deren Herstellung und Verteilung illegal geschehen muß. Die Betriebszelle muß ihre Zeitung selbst finanzieren. Im Betriebe soll ständige Mitgliederwerbung erfolgen. Für nicht im Betrieb beschäftigte KPD.-Genossen werden Strazenzellen gebildet. Ein besonderes Kapitel ist der Politisierung der Betriebszellen gewidmet.

Unsere Genossen in den Betrieben wie in den Gewerkschaften tun gut daran, die kommunistische Zellenarbeit ins Auge zu fassen.

Konferenz des IOB mit den Berufssekretariaten.

(IOB.) Am 9. und 10. Oktober fand in Amsterdam eine Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt. Die Berufssekretariate waren durch 30 Delegierte vertreten. Als Hauptpunkt gelangte die Zusammenfassung und die Tätigkeit der Internationalen Berufssekretariate zur Sprache. Nach langwierigen Besprechungen, an denen sich die meisten Vertreter der Berufssekretariate beteiligten, beschloß die Konferenz auf Vorschlag Hodges (Bergarbeiter), Shaws (Textilarbeiter) und Cramps (Transportarbeiter) die Einsetzung einer aus vier Mitgliedern der Berufssekretariate und dem Vorstand des IOB. zusammengesetzten Kommission, die einen Bericht ausarbeiten wird, in dem die Regelung der Beziehungen zwischen dem IOB. und den Internationalen Berufssekretariaten genau zu umschreiben ist. Aus der Mitte der Berufssekretariate wurden folgende vier Mitglieder gewählt: Jig (Metallarbeiter), Smit (Privatangestellte), Hodges (Bergarbeiter) und Raier (Pfl.).

Ferner beschloß die Konferenz einstimmig, an Stelle Cooks, der i. H. als provisorischer Sekretär der Bergarbeiter-Internationalen in den Ausschuss des IOB. gewählt wurde, Hodges, permanenten Sekretär der Bergarbeiter-Internationalen, anzuweisen.

Als zu Beginn der Sitzung vom 10. Oktober die Kunde vom Hinscheiden von Fred Bramley laut wurde, der Purcell auf der Konferenz vertrat, wurde die Sitzung im Zeichen der Trauer vertagt und die Behandlung der übrigen Punkte an die gewählte Kommission überwiesen.

Zur Praxis der Erwerbslosenversicherung.

Die englischen Bergbauunternehmer versuchen mit allen Mitteln eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Hierbei spielt die Frage der Gewährung oder Nichtgewährung der Arbeitslosenunterstützung eine große Rolle. Wenn einige hunderttausend Arbeitslose im Bergbau vorhanden sind, kommen nicht selten Fälle vor, in denen die Unternehmer den Arbeitern die Arbeit zu Bedingungen anbieten, die diese als eine uner-

trägliche Verschlechterung ansehen und sie daher ablehnen. Dann entsteht aber die Frage, ob in einem solchen Falle die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen sei oder nicht.

Im Laufe des Septembers hat nun der oberste Schiedsrichter bei Differenzen über die Berechtigung der Zahlung von Arbeitslosenunterstützung zwei Entscheidungen gefällt, die für den Lohnkampf der Bergarbeiter von der allergrößten Bedeutung sind. Die erste Entscheidung wird unter dem Namen „Glydach Case“ in der Presse behandelt. In Südwales wurde im August 1924 die im Glydach-Bezirk gelegene Cambria-Grube infolge finanzieller Schwierigkeiten stillgelegt. Im Juli d. J. bot die Gesellschaft der Belegschaft an, die Arbeit wieder aufzunehmen, verlangte jedoch, daß nicht die früheren Lohnsätze Geltung haben sollten, sondern jene, die auf der Nachgrabung Rasal gezahlt werden. Die Hauer weigerte sich, unter diesen veränderten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen, was zur Folge hatte, daß ein Streit darüber entstand, ob sie noch weiter berechtigt seien, die Arbeitslosenunterstützung zu beziehen. Das zuständige Bezirksamt wollte weiterzahlen, wogegen der zuständige Beamte Einspruch erhob. Es wurde der oberste Schiedsrichter angerufen, dessen Urteil besagt:

„Auf Grund der gesamten Entwicklung ist bisher für jedes Werk eine Vereinbarung über die Bezahlung getroffen worden. Die von der Gesellschaft neu vorgeschlagene nicht niedrigere Sätze vor, als sie bisher auf der Cambria-Grube bestanden haben. Den Hauern kann nicht zugemutet werden, für diese niedrigeren Sätze zu arbeiten. Wenn aber die Hauer nicht arbeiten, können auch die anderen Bergleute nichts tun, weshalb auch diese die Arbeitslosenunterstützung zu beanspruchen haben.“

Die zweite so besonders wichtige Entscheidung wurde in folgendem Streitfalle getroffen: Ende Februar d. J. wurde die Arbeit in einem Flöz eingestellt, welches so dicht war, daß die Arbeiter nur kniend oder gebückt darin arbeiten konnten. Die Arbeiter wurden in ein nur zirka 60 Zentimeter dünnes Flöz verlegt, wo sie ihre Arbeit auf dem Rücken liegend verrichten mußten. Einige ältere Hauer, von denen der jüngste 38 Jahre alt war, weigerten sich, mit der Begründung, sie seien diese Art der Arbeit nicht gewohnt, die Arbeit aufzunehmen. Ihrem Verlangen auf Arbeitslosenunterstützung wurde von dem Bezirksamt stattgegeben, vom Regierungsvertreter jedoch Einspruch erhoben. Der angerufene oberste Schiedsrichter sagt in dem Urteil:

„Die Unterstützung ist zu zahlen. Ein Arbeiter darf ihm zugewiesene Arbeit nicht ablehnen, wenn sie ihm nicht gefährlich, oder von anderer Art ist wie jene, die er gewohnt ist. In diesem Falle war der Unterschied in der Arbeitsart doch zu groß. Es kann Arbeitern, die alle bereits das Alter von 38 Jahren überschritten haben und die ihr ganzes Leben lang nur stehend oder kniend gearbeitet haben, nicht zugemutet werden, jetzt auf dem Rücken liegend zu arbeiten. Es ist ihnen auch nicht zu verdenken, daß sie sogar den Versuch, diese Arbeit auszuführen, abgelehnt haben.“

Diese Entscheidungen empfehlen wir besonders zu berücksichtigen, wenn der Entwurf des Erwerbslosenversicherungsgesetzes, das höchst sonderbare Bestimmungen enthält, zur Beratung kommt.

Die Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau beginnen am Montag in Essen.

Aus der Partei.

Die Wiener Arbeiterhochschule.

Die sozialdemokratische Partei Oesterreichs hat beschlossen, einen Teil des Geldes, das sie aus dem Verkauf der Hammer-Brotwerke erlöst hat, dem Solidaritätsfonds der Gewerkschaftskommission zu überweisen. Aus dem Rest des Erlöses soll ein besonderer Fonds gebildet werden, dessen Erträge ausschließlich für Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft verwendet werden. Diese Geldmittel setzen den Parteivorstand, wie wir bereits meldeten, in die Lage, in Oesterreich eine Arbeiterhochschule zu errichten. Diese Hochschule soll ihre Arbeit im Januar 1926 in Wien aufnehmen. Ihre Kurse werden sechs Monate dauern. Die Schüler und Schülerinnen sollen von der Landesorganisation der Partei und von den Gewerkschaften und Genossenschaften vorgeschlagen werden; doch soll auch anderen Arbeitervereinigungen die Benutzung der Hochschule ermöglicht werden. Die Schüler werden während ihrer Hochschulzeit in einem besonderen Heim untergebracht werden, wo sie lernen können, ohne von Berufsarbeit und wirtschaftlichen Sorgen belastet zu sein.

Verantwortlich für Politik: Ernst Krüger; Wirtschaft: Heinz Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Friede Schärer; Feuilleton: A. B. Schärer; Solches und Solches: Felix Harbort; Kämpfer: H. Glaser; Familien in Berlin: Berlin: Hermann Berlin; G. m. b. H. Berlin; Ernst Hermann; Buchverleger und Verlagsanalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1, Stock 1, Berlin.

Wir fabrizieren gute Herren- und Knabenkleidung und erhalten dadurch jeden verlorenden Zwischenhandel aus, deshalb am leistungsfähigsten und am billigsten. **S. Hoffmann, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 12.**

Ulster und Paletots

reich sortiert in allen Farben und Formen
Preiswert in unseren anerkannt guten Qualitäten

Herren-Ulster Marengo-Cheviot, moderne Form 53 ⁰⁰ Reinwollener Marengo-Cheviot, sehr strapazierfähig 71 ⁰⁰ Dunkelbrauner reinwollener Cheviot, einfarbig und gemustert 85 ⁰⁰ Prima Marengo-Cheviot, besonders dauerhafte Qualität 95 ⁰⁰ Dunkler Braungrauer Velours, sehr elegant 105 ⁰⁰ Prima dunkelgrauer Cheviot mit modernen Überkaros 120 ⁰⁰ Velours und Rafal, aparte Musterung 140 ⁰⁰ , 150 ⁰⁰ , 160 ⁰⁰	Winter-Paletots Marengo-Cheviot, zweireihig, mit Samtkragen 71 ⁰⁰ Marengo-Melton-Cheviot, zweireihig, eleg. Form mit Samtkragen 85 ⁰⁰ In Melton in Marengo und schwarz, auf Selineis und Steppfutter 120 ⁰⁰ Rock-Paletots Marengo-Cheviot auf Selineis in schwarz und Marengo, elegante Ausstattung, vorbildlicher Sitz 140 ⁰⁰ , 150 ⁰⁰ , 160 ⁰⁰	Knaben-Schlüpfer Brauner und grauer Cheviot, für 3 Jahre 17 ⁰⁰ Grau u. braun melierter Cheviot, Fischgrätenmusterung, für 3 Jahre 23 ⁰⁰ Hillmode, grauer und brauner Flausch, für 3 Jahre 26 ⁰⁰ Knaben-Kiel-Pyjack Brauer-Cheviot mit Armschere, Fanellfutter, für 3 Jahre 18 ⁰⁰ Prima blaues Tuch und Cheviot, elegantes graues Steppfutter, für 3 Jahre 24 ⁰⁰	Jünglings-Ulster Dunkelgrau und braune Cheviots, moderne Form 44 ⁰⁰ Braun melierter Cheviot, Schülferform 48 ⁰⁰ Marengo-Cheviot, sehr dauerhaft 50 ⁰⁰ Braun melierter Cheviot mit Überkaros 53 ⁰⁰ Grau und edelfarbige Flauschstoffe 56 ⁰⁰ Blaugrauer Fischgräten-Cheviot, flotte Ausfärbung 62 ⁰⁰ Jünglings-Paletots, Marengo-Cheviot mit Samtkragen, 65, 77 65 ⁰⁰
Winter-Joppen 42- 52- 62- 17 ⁰⁰	Jagd-Joppen 3/4 lang 65- 53 ⁰⁰	Haus-Joppen 32- 37- 44- 19 ⁰⁰	Schlafrocke 40- 45- 50- 32 ⁰⁰

Leineweber
 Berlin C. Köllnischer Fischmarkt 4-6



Deutschnationale Wahlschau.

Schon auf der Treppe der „Kammeräle“ ging die Kirnes los. Südweieruniformierte, blauäugige, blondhaarige Wäbels im zarten Alter von 13 bis 15 Jahren, die bleiernen Hakentreuze auf dem Busen, kamen die Stufen heruntergepolst, um die Verbindung mit der „alten Burschenherrlichkeit“ im Parterre zu herzustellen. Oben — eine geradezu gähnende Leere. Im großen Saal der Pratorianerstrasse, zirka 40—45 Deutschen, darunter sehr viel überläufige Jungfrauen. Jede fünf Minuten droht der Vorsitzende, das Tugend Oppositionelle durch die Amazonen herauszuschmeißen. Trotdem geht es gedämpft zu. Das unentwegte deutschnationale Publikum verfällt in der mörderischen Langeweile dieser Gramophonredner in einen soliden Dauerschlaf, um nach jeder aufrüttelnden Pointe regelmäßig in ein dröhnendes „Sehr richtig“ und „Bravo“ auszubreaken. Herr Bürgermeister Berndt beklagte sich eingangs bitter über den ungewöhnlich schlechten Besuch. Dann aber ging das Ungemitter los. Wir zitieren einige der Kraftworte des vom Publikum im Stich gelassenen Patrioten: „Sozialdemokratische Judenwirtschaft“, „Säbawirtschaft“, „Mischwirtschaft schamloster Art“, „die Oberen fahren in Autos herum“, „Richtswisser“, „Richtstönner“, „Krippenwirtschaft“, und das müssen ausgerechnet die reaktionären Postenlöhner, bei denen Bestimmung feil wie Schmierkäse ist, sagen! Abstoßend die „stammende Entrüstung“ des Spießers, als es weiter hieß: „Die schamlosen Nachtänze des Herrn Hobann oder wie er heißt (!)“, „das verruchte System Paulsen“, „die getretene, geschändete Religion“. In diesem Tempo ging es den ganzen Abend, Herrn Berndt standen die Schweißperlen im Gesicht, das Publikum schlief den gesunden Schlaf vor Ritternacht und ließ sich von Zeit zu Zeit durch ein „Sehr richtig!“ aus seiner Behaglichkeit reihen. Was nach Berndt sprach, war von eben solcher Dede. Eine Welle der Heiterkeit lief durch die leeren Stuhlreihen, als jemand von den „wirtschaftlichen Verdiensten des Hindenburg-Regimes“ sprach. Zollwucher rief einer, Arbeitslosigkeit ein anderer. . . . Der Versammlungspräsident bimmelte mit seiner Glocke. Aber die Wahrheit konnte er nicht aus der Welt läuten. „Die nationale Regierung“, hieß es vom Rednerpult. „Bocarno“, lallte ein Hakentruerler. „Wenn diese Versammlung ein Vorgeschmack der Wahl vom 25. Oktober sein sollte. . .“ jagte mit furchtbarester Stimme Herr Berndt. Sie war es, Herr Bürgermeister, seien Sie versichert, sie war es!

Wie sie Tote ehren.

Aus der letzten Stadtverordnetenversammlung vor den Neuwahlen, die am Donnerstag stattfand, möge hier ein die Deutschnationalen kennzeichnender Ausritt gebüht werden. Der Vorsitzende Herr Hof eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf auf den verstorbenen Reichsminister a. D. Preuß, der durch seine Mitarbeit an der Verfassung der Deutschen Republik sich verdient gemacht hat. Wie es üblich ist, erhob sich bei Beginn der Gedenkrede die gesamte Stadtverordnetenversammlung zur Ehrung des Toten. In dieser Kundgebung beteiligte sich auch die Deutschnationale Volkspartei, die Partei für Schwarz-Weiß-Rot. Mit welchen Empfindungen die Gegner der Republik sich der Ehrung für Preuß anschlossen, wissen sie selber am besten. Bemerkbar wurde nur das eigenartige und auffällige Verhalten einiger Deutschnationalen. Während der Rede des Vorsitzenden unterbricht sich der Deutschnationale Kirchner mit dem Deutschnationalen Dethleffen, und der Deutschnationale Koch beschästigte sich mit einem Zeitungsblick. Herr Dethleffen wird in der Stadtverordnetenliste als „Oberreichsanwalt a. D.“ geführt, Herr Kirchner darf sich mit dem Titel „Professor, Wirklicher Geheimrat, Obermedizinalrat, Ministerialdirektor a. D.“ schmücken, und Herr Koch ist der übergenug bekannte Pastor. Nach Beruf und Titel gehören diese drei Deutschnationalen Herren zu der Bevölkerungsschicht, die es liebt, sich als „die gute Gesellschaft“ zu bezeichnen.

Die Abendkundgebung des Reichsbanners.

Der Gauverband des Gauves Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erläßt folgende Erklärung: In der heutigen „Roten Fahne“ ist ein Aufruf enthalten, der davon Kenntnis gibt, daß sich auch die Anhänger der Kommunistischen Partei Deutschlands an der Protestkundgebung des Reichsbanners gegen Monarchismus und das Urteil von Greco-mühlen beteiligen sollen. Wir erklären demgegenüber, daß wir jede Gemeinschaft mit der Kommunistischen Partei und dem Roten Frontkämpferbund ablehnen, und wir ermahnen die republikanisch gesinnte Bevölkerung, zahlreich zu dieser Kundgebung zu erscheinen.

Kultur oder Profit im Buchhandel?

Der Zentralverband der Angestellten veranstaltete unter diesem Titel gestern abend im Schubert-Saal, Bülowstraße, eine Protestkundgebung gegen den Groß-Berliner Buchhandel. Erschienen waren der Reichsverband der Deutschen Presse, der Schulbund der Deutschen Schriftsteller, Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und des Schlichtungsausschusses. Der Arbeitgeberverband der Deutschen Buchhändler war der Einladung nicht gefolgt. Es sprachen Dr. Fritz Hirmonn, Fritz Stößinger, Dr. Falkenfeld und Dr. Kurt Hilker. Die Referenten führten ungefähr aus: Die Verteuerung der Bücher ist nach dem Kriege verhängnisvoll weitergegangen. Das liegt aber nicht hauptsächlich an der Verteuerung der Herstellung, sondern an den hohen Rabatten, die der Sortimenter erhält. Die Gehälter und Löhne stehen dazu in keinem Verhältnis. Die Buchhändler gehören heute zu den am schlechtest bezahlten Angestellten. Der ganze Betrieb des Buchhandels ist mittelalterlich. Er nimmt keine Rücksicht auf die breiten Massen. Er spekuliert noch immer mit einer Mittelschicht geistig interessierter Bestreuer, die heute nicht mehr besteht. Auch der Buchhändler muß seine Arbeit teilen, der Laden, der Bücher jeder Gattung führt, ist heute unmöglich geworden. Vor allem mühten aber Bücher gedruckt werden, die eine hohe Auflageziffer erreichen, wie dies in Frankreich, England und Amerika der Fall ist. Dagegen

beschränkt man sich in Deutschland auf Auflageziffern von 3000. Das Buch ist heute kein Luxusgegenstand mehr, es ist Lebensnotwendigkeit geworden, und die Ausgaben dafür mühten in den Lebensindex eingerechnet werden. Einen Ausweg scheinen die Buchgemeinschaften zu weisen, die aber von den deutschen Buchhändlern geschnitten werden. Die Kundgebung schloß mit der Aufforderung des Versammlungsleiters, sich jetzt in dem Zentralverband der Angestellten zu organisieren.

Die Unterschlagungen bei der Reichsbank. Weitere Einzelheiten.

Zu den Veruntreuungen bei der Reichsbank und dem mißlungenen Betrugsversuch in Breslau werden noch einige Einzelheiten mitgeteilt, die das Treiben der drei Beteiligten weiter beleuchten. Arnold, der Vorsteher der Girostelle in Charlottenburg, machte schon in der Installationszeit seine Schiebungen. Er hatte bei anderen Banken Konten angelegt, auf die er sich kleinere und größere Beträge überweisen ließ. Das fiel nicht auf, weil man wußte, daß er Referent einer großen gefälligen Vereinnung war, und daß schon deshalb viel Geld durch seine Hände ging. Die Gegenkontrolle bei der Girostelle hatte Maier. Als dieser die Veruntreuungen des Vorstehers merkte, besprach er sich mit Reinhold und beide schufen nun den Plan, es ihrem Vorgesetzten wenigstens im Kleinen nachzu-

Wähler-Kundgebungen

heute Freitag, den 16. Oktober, 7 1/2 Uhr abends: Prenzlauer Berg: Ledigenheim, Pappellallee 15. Schöneberg-Friedenau: Bürgeraal, Friedenau, Rathaus am Lauterplatz. Steglitz: Gymnasium, Heefestraße. Spandau: Restaurant Markthalle, Pichelsdorfer Straße. Lichtenberg, Knabenmittelschule, Marktstraße. Mahlsdorf: Restaurant Nordstern, Hönower Straße. Redner: Wd. Hoffmann, Gertrud Hanna, Luise Köhler, Kempert, Leimbach, Peters, Reimann, Rosemann, Stellung, Wendt.

Tagesordnung:

Warum muß Berlin am 25. Oktober sozialdemokratisch wählen?

Frauenkundgebung

Bunter Abend heute Freitag, den 16. Oktober abends 7 Uhr, in den Mustertälern, Kaiser-Wilhelm-Strasse. Gesang, Rezitationen, Volkstänze. Ansprache Clara Bohm-Schach, W. d. R.

machen. Als Arnold diese Veruntreuungen entdeckte und die Unregelmäßigkeiten in den Konten der beiden feststellte, zog er sie zur Verantwortung und machte ihnen Vorhaltungen. Das störte aber die beiden nicht. Sie erwiderten die Vorwürfe des Vorgesetzten mit der Gegenfrage, wie es denn bei ihm selbst aussehe. Arnold sah sich durchschau, gab klein bei, schweig zu den Veruntreuungen der Untergebenen und deckte deren kleine Schiebungen durch Mittel aus seinen großen. Endlich aber vereinbarte er mit ihnen, daß sie mit ihren Veruntreuungen aufhören sollten. Dafür würden sie am Erlös der Unterschlagungen Arnolds beteiligt. Als Gegenleistung hatten sie dafür zu sorgen, daß die Unterschlagungen und Bücherfälschungen Arnolds bei den Kontrollen nicht ans Licht kamen. So blieb denn auch lange Zeit alles verborgen.

Nach dem Abbau Malers und der fristlosen Entlassung Reinholds waren beide aber keineswegs geneigt, die stille Teilhaberschaft aufzugeben. Sie verlangten immer wieder Geld, so daß Arnold mehr und mehr in Bedrängnis kam. Außerdem mußte er vor seinem eigenen Abbau dafür sorgen, daß sein Treiben auch nachträglich verborgen bleibe, und zu dem Zweck wenigstens einen Teil seiner Veruntreuungen zu decken suchen. Dem doppelten Zweck dieser Vertuschung und der Abfindung seiner Helfershelfer sollte der große Betrag in Breslau dienen, durch den sich Maier und Reinhold zugleich an der Reichsbank rächen wollten. Arnold nahm Blankanleihe mit in seine Wohnung und unterschrieb einen Kuis mit seinem Namen, so daß dieser also durchaus echt war. Der Name des zweiten Zeichners aber mußte gefälscht werden. Das besorgte Reinhold. Nun galt es einen Mann zu finden, auf den der Kuis über 600 000 M. ausgestellt werden konnte. Reinhold traf sich wiederholt mit seiner Freundin in Lokalen der Münzstraße und fragte sie aus, bis sie in Gühoff den geeigneten Mann fonde, der dann auch die von uns bereits geschilderte mißlungene Reise nach Breslau ausführte.

Aus den Geschäften, an denen Arnold beteiligt ist, wird ohne Zweifel ein erheblicher Teil der Unterschlagungen, die im ganzen etwa eine halbe Million Reichsmark ausmachen, gedeckt werden können, der andere vielleicht ganz aus den Sachwerten, darunter wertvollen Bildern, die Arnold mit unterschlagenem Gelde gekauft hat.

Unsere Wählerversammlungen.

Gestern hatten die Wählerinnen und Wähler Tempelhof Gelegenheit, in einer öffentlichen Kundgebung zu den Wahlen des Groß-Berliner Stadtparlaments Stellung zu nehmen. Es sprachen die Genossen Dr. Kawerau und Dittmer. Dr. Kawerau betonte, daß das Groß-Berliner Schicksal sehr eng mit den Weltgeschicknissen verknüpft ist. Heute wird die Verständigung im Geiste Rathenaus geführt von — Luther, Reubaus, Schiele und Stresemann. Daß Berlin heute schon im Mittelpunkt des Weltverkehrs steht, erkennen wir an den großen Verbindungswegen für Schiff und Eisenbahn. 1921 wurde der Wahlkampf unter der Parole „Was von Berlin“ geführt. Heute denken die bürgerlichen Kommunal-

politiker nicht daran, weil sie erkannt haben, wie notwendig ein Groß-Berlin ist. Schwer gefährdet wurde am Berliner Schulwesen. Den bewährten sozialistischen Stadtschulrat Paulsen heute die bürgerliche Mehrheit ab. Kurz vor den Wahlen wollte die bürgerliche Mehrheit noch schnell einen neuen Stadtschulrat aus deutschnationalen Kreisen wählen. Das ist zum Glück vereitelt worden. In der Angst vor den Wahlen haben die Bürgerlichen bemerkt, daß es ihnen nicht um eine sachliche Arbeit im Stadtparlament zu tun ist, sondern um Ausnutzung ihrer Rechtsposition. Um die wirtschaftliche und politische Stellung Groß-Berlins wird bei den Stadtverordnetenwahlen gekämpft. Genosse Dittmer sprach über kommunalpolitische Arbeit der Sozialdemokratie und zog eine Parallele zur Vorkriegszeit, dem Berlin der Einzelgemeinden. Er zerstückte die bürgerliche Demagogie an wirkungslosen Beispielen. Besondere Würdigung fanden die kommunalen Betriebe, Wasserwerke, Wohnungsweisen und Verkehrsweisen. Die Gemeindepolitik Groß-Berlins kann sich sehen lassen. Sie hat sich in den letzten zwei Jahren nach den Gedankengängen der Sozialdemokratie entwickelt. Nicht Interesse der Einzelgruppen, sondern hingebende Arbeit zum Wohle der Gemeinde ist unser Ziel. Genosse Burmeister ging auf bezirkliche Angelegenheiten ein. Der Verlauf der Versammlung zeigt, daß unter den Tempelhofer Wählern ein großes Interesse für unsere Kommunalpolitik vorhanden ist.

In Halensee in den Johann-Georg-Festälen fand eine Wählerversammlung statt, zu der als Referent Bezirksvorordneter Gen. Kemper erschienen war. Er gab einen Rückblick auf die Erfolge der Sozialdemokratischen Partei speziell in der Kommunalpolitik. Wenn überhaupt eine Partei, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Berlins vertritt, für das weitere Wohlergehen der Massen in Frage kommt, kann es nur die Sozialdemokratische Partei sein. Sie allein kennt die Räte und Sorgen der Kernsten, nicht aber jene bürgerlichen Parteien, die von der Rot der Bevölkerung nichts zu wissen scheinen. Während auf jener Seite trotz aller Beteuerungen über wirtschaftliche Notlage noch ein unerhörtes Luxus getrieben wird, ist es Proletarierfrauen heute kaum möglich, die notwendigen Lebensmittel zu erstehen. Die skandalösen Flugblätter der Bürgerlichen, aus denen vom Referenten einige der schärfsten Äußerungen zitiert wurden, lösten bei den Versammlungsteilnehmern helle Empörung aus. Der 25. Oktober wird zeigen, ob die Arbeiterstadt Berlin auch eine Stadt der Vernunft und sozial denkender Menschen sein wird. Unter Beifall schloß der Redner. — Die Versammlung war einmütig von dem Gedanken getragen, der Sozialdemokratie am 25. Oktober zum Siege zu verhelfen.

Feuer in der Neutöllner Gasanstalt.

Heute mittag gegen 1 Uhr wurden auf den Ruf „Mittelfeuer“ mehrere Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach der Neutöllner Gasanstalt in der Tempelhofer Gasse gerufen. In einem großen Kohlenbunker, der zur Aufnahme des abgekühlten Kokes dient, waren wahrscheinlich infolge von Unachtsamkeit stehende Kohlenstückchen geraten, so daß die Kokesmengen in Brand gerieten. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr wurde ein größerer Brand verhütet. Der Bunker wurde vollständig unter Wasser gesetzt. Die vier Löschzüge konnten nach kurzer Zeit wieder abrücken und lediglich die Brandwache befindet sich noch an der Brandstelle. Der Brandschaden ist nicht erheblich.

Die Mitoholgewinnung aus Prof. Ueber diese aktuelle Frage haben wir unsere Leser vor einiger Zeit unterrichtet. Wie wir hören, hat die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung ihre in Lichtenberg in der Rittergüterstraße 16/20 befindlichen riesigen Anlagen für eine Verlichtigung zur Verfügung gestellt. In den vier folgenden Sonntagen — mit Ausnahme des Wahltages — werden unter fachverständiger Leitung die Führungen vom mittags von 9 bis 12 Uhr stattfinden. Interessenten haben somit Gelegenheit, die Einrichtungen des größten deutschen Konsumvereins kennen zu lernen.

Die wohnungspolitische Massenkundgebung der Gewerkschaften und anderer am Boden, Siedlungs- und Wohnungsweisen interessierten Organisationen im Zirkus Suda am kommenden Sonntag, den 18. d. M., vormittags 11 Uhr, ist als Auftakt für gleichwertige Kundgebungen im ganzen Reich gedacht. Zu diesem Zweck ist ein Aktionskomitee von den als Einberufer zu bezeichnenden 17 Organisationen gebildet worden. Als Redner wirken Dr. Adolf Damaskis, Dr. Martin Wagner, Stadtrat Treiber und Victor Roach. Eingeladen sind u. a. Vertreter des Reichspräsidenten, der in seinem bekanntem offenen Brief an Damaskis bemerkenswerte Versprechungen zur Lösung der Wohnungsfrage gemacht hat, des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsinnenministeriums, des Reichsjustizministeriums und des Reichsverkehrsministeriums, der Städtischen Verwaltung, sowie die Fraktionen des Reichstages, des Landtages und der Stadtverordnetenversammlung. Den Ordnungsdienst in der Versammlung stellen die Organisationen selbst.

Reichsbund Deutscher Mieter e. V. Mitliederversammlung, heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Steinmetzstraße 78. Referent: Herr Kreyer, Frankfurt (Main). Mitgliedsbuch vorzeigen. Eingeführte Gäste haben Zutritt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis Brandenburgs Bes. Sonnabend, den 17. Oktober, 7 Uhr, in der Schulaula Steinmetzstraße 78. M. Altendorfer. — Freunde herzlich willkommen. Bes. Mitliederversammlung Sonnabend, den 17. Oktober, 8 Uhr, bei Köpcke, Reichstr. 19. Bericht vom Parteitag. Redner: Parteitagsvorordneter Wilhelm Arltner. Alle Mitlieder müssen erscheinen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Bes. Mitlieder: Berlin S 14, Schönbühler Str. 37-38, Hof 2 Et. Schönbühler Kameradschaft Wedding! Eintritt zur heutigen Demonstration nicht 74, sondern 64 Uhr bei Köpcke. — Kameradschaft Wedding, Treffpunkt pünktlich 7 Uhr Oranien Baum.

FÜR HERBST UND WINTER

Wie stets beste Qualitäten, billigste Preise!

Ulster halbare Stoffe, neue Formen . . 65.-, 55.- 45.-
Ulster beste Qual., Ia Verarbeitung . . 95.-, 84.- 75.-
Paletots ed- und zweifach, marone und schwarz . . . 85.-, 71.-, 65.- 58.-

Sakko-Anzüge beste Qualitäten, neue Formen . . 65.-, 54.- 45.-
Sakko-Anzüge prima Stoffe und Verarbeitung . . . 95.-, 84.- 75.-
Gummi-Mäntel auf beste Marken . . . 52.-, 20.-, 22,50 1750

Hosen sehr preiswert

Berufs-Kleidung in grösster Auswahl

HÖPPNER G.M. Schöneberg, Hauptstr. 18 B.H. am Kaiser-Wilhelm-Platz



Außergewöhnlich billige Angebote

Schuhwaren

Schnürschuhe für Damen, versch. Lederart., gute Qualität, mod. Form 10 90
Spangenschuhe für Damen, versch. Ausführ., mod. Form, vorz. Qual. 12 50
Spangenschuhe für Damen, Lackleder, gute Verarb., mod. Formen 14 50
Strassenschuhe für Damen, in Braun und hohen Absätzen, in Schwarz, mit Felsbesatz 10 90
Halbschuhe für Herren, schwarz, vorz. Fabrikat, moderne Form 10 50
Schnürstiefel für Herren, versch. Lederarten, gute Verarb., vorz. Passform 12 50
Schnürstiefel für Herren, m. Doppelsohle, gute Verarb., vorz. Passform 16 50
Burschen-Stiefel in versch. Lederarten, bequeme Form, Gr. 38-39 10 50

Fescher Filzhut schwarz u. braun, mod. Form, mit Rollrand 2 65
Plüsch-Südwester für Damen 5 75
Kleiner Frauenhut aus Seidenamt, schmal. Bandgarn 9 75

Damen-Bekleidung

Backfisch-Mäntel aus soliden Winterstoffen, viele Ausführ., 12,50, 9,75, 6 75
Damen-Mäntel aus soliden mollig. Stoff, schön. Form, 23,50, 19,75, 14 50
Damen-Mäntel aus Velours de laine, neueste Machart 58,00, 46,50, 34 50
Frauen-Mäntel mod. Formen, aus gutem Bekimstoff 98,00, 78,00, 49 50
Wollkleider neue Formen, aus gutem Cheviotstoff 23,50, 19,75, 14 75
Wollkleider aus gutem Rippenstoff, moderne Farben, 49,50, 36,50, 27 50
Flanellblusen in allen Größen, halbgestreift 2 95
Kasaks neueste Formen, mit langen Ärmeln und Kragen 16 75

Mädchen-Mäntel mit Pelzins. gran-melliers 10 50
Schul-Kleider mit kurzen und langen Ärmeln 4 75
Mädchen-Kleider mit langen Ärmeln, für 1-3 Jahre 1 95
Knaben-Sporthose aus sehr soliden Stoffen, Größe 7-12 .. Größe 7 2 25

Strümpfe

Damen-Strümpfe Baumwolle, Doppelsehle und Hochferse, farbig 68 Pf.
Damen-Strümpfe Seidengriff, schwarz und viele Farben 95 Pf.
Damen-Strümpfe echt Malo, farbig 1 45
Damen-Strümpfe Kunstseide, mit Naht, schwarz und farbig 1 75
Damen-Strümpfe prima Kunstseide, feines klares Gewebe 2 95
Herren-Socken naturfarbig, Baumw., gras. Strapazier. qual. 45 Pf.
Herren-Socken gute Baumwolle, Streifen und Karomuster 75 Pf.
Herren-Socken feine Wolle, gewebt, schwarz 1 95

Moleskinhut rezentzer Kopf, glatter Rand 10 50
Eleg. Frauen-Hut aus Seidenamt, mit 6 Reiterstielen 15 75
Haarvelours-Hut kleine feine Form, schwarz und farbig 9 75

Kleiderstoffe

Schotten und Streifen ca. 100 cm breit, aparte Stellungen, reine Wolle 2 95
Kammgarnstreifen reine Wolle, neue Muster 3 60
Eolienne Wolle mit Seide, ca. 100 cm breit, neue Farben 4 90
Rips marocain reine Wolle, ca. 120 cm breit, schwere Qualität 7 90
Velours reine Wolle, ca. 130 cm breit, für Mäntel, Meter 9 90
Velours-Mouliné reine Wolle, ca. 130 cm breit, neue Farben, Meter 13 90

Seidenstoffe

Atlas ca. 60 cm breit, gute Qualität, in vielen Farben 1 90
Damast ca. 85 cm breit, Halbseide, in neuen Dessins, Meter 3 20
Helveia-Seide ca. 85 cm breit, waschbar, moderne Farben 3 90
Serge Kunstseide, ca. 85 cm breit, in hellen Ballfarben, Meter 4 50
Satin de Chine ca. 85 cm breit, gute Qualität, Meter 6 90
Crépe Georgette ca. 100 cm breit, moderne Farben 8 10

Baumwollstoffe

Sportflanell für Blusen 85 Pf.
Velours in vielen Mustern 90 Pf.
Schotten für Kinder-Kleider 1 25
Eiderflanell gestreift, für Morgenröcke 1 45
Hauskleiderstoffe kariert, gute Qualität 1 65
Veloutine in modernen Mustern 1 75

HERMANN TIETZ FRANKFURTER ALLEE

Bären-Stiefel

halbbarster Qualitätsstiefel für Strasse und Sport nur bei **H. Bähr**, Spittelmarkt 7

Frühlingsschuhe, Reithosen, etc. die billige Bezugsquelle für alle Bedürfnisse jeder Art.

Sind Sie krank?
 So beachten Sie unsere, an 500.000 Berliner Familien gratis zur Ablieferung gelangende 50 Seiten starke Broschüre:
Herbakalaja, eine neue Richtung in der Heilkunst.
 Das Büchlein ist in kranken und gesunden Tagen ein Hauschatz für jede Familie.
 Machen Sie einen Versuch mit den durch ihre auffallende Wirkung schnell bekannt gewordenen **Herbakalaja-Tabletten**, der erfolgreichen biochemischen Kräuterheilmethode.
 Erhältlich in allen Apotheken, wo nicht, erfolgt Nachweis durch uns.
Herbakalaja - Heilmittel-Vertriebs-G. m. b. H. Linkstr. 11, V. - Telefon: Lützow 8652, Oliva 6991.

Zähne Kronen :: Plomben Brücken :: Gebisse gegen günstige Zahlungsbedingungen sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung
Zahn-Praxis med. **Wolf**, Potsdamer Str. 55 Sprechst. 9-7, Sonnt. 9-12 - 1 Min. Hochh. Bülowstr.

Hatvanol-Zahnpulver speziell für natürliche sowie künstl. Zähne, Gold- und Ersatzbrücken, Kronen. Preis 0,15, 0,50, 0,75 M. (Gesetzl. geschützt) in Apotheken und Drogerien zu verlangen.

Auf Teilzahlung Herren- und Knaben-Garderobe Gummi-Mäntel für Damen und Herren, Möbel aller Art Gardinen, Teppiche, Korbmöbel, Metall-Betten, fertige Betten
Möbelhaus Antel Große Frankfurter Str. 34 am Straußberger Platz
 Gegründet 1911

Ischias Spezialbehandlung für Ischias durch Massage, Elektrotherapie, Licht- und Wärmebehandlung, Arzt: empfohlen. Heilmittel-Vertriebs-G. m. b. H. Linkstr. 11, V. - Telefon: Lützow 8652, Oliva 6991.

J. Baer, Berlin N 20

Badstraße 26, Ecke Prinzenallee. Fernsprecher: Noabit 2443.

Neuheiten für Herbst u. Winter in Herren- u. Knabenmoden
 Fertig und nach Maß
 Die geschmackvollen Auslagen in den 8 Schaufenstern des großen Ecklokals beweisen die Leistungsfähigkeit der seit 1886 bestehenden Firma.
Trotz der billigen Preise nur Qualitätsware
Sport- und Berufskleidung



Schlafzimmer!
 Eiche, prima Arbeit, kompl. mit Federboden-Auflage, echtem Marmor, Stühlen, Handtuchhalter
 160 cm 180 cm gr. Schrank
 750 M. 775 M. frei Haus
 Auch Einzelstücke werden hiervon abgegeben.
Paul Neugebauer
 G. m. b. H. Charlbg., Wilmersdorfer Str. 128 Ecke Schillerstraße
 Erste Etage Kein Laden



Besonders wirksam sind die **KLEINEN ANZEIGEN** in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und **billig!**

Schwere Zeiten? Sei gescheit!
Kredithaus
FEELIX
 Für den Herrn: Elegante Anzüge, Ulster, Gummimäntel, Bekleidung
 Für die Dame: Mäntel, Kos-Ümme, Eider, Haas, Kasacks, Pelzkragen
 Knaben- und Mädchen-Garderobe Beste Bett- und Leibwäsche
 Bequeme Teilzahlung
 Kleinste Anzahlung
Kleinigkeit!!!
 vis a vis Jandorf.
 Veteranenstr. 2, I. Etg., Ecke Brunnenstr.

Paul Karle
Herren- u. Damenstoffe
 Velour de laine, Tuche, Ripse, Gabardine
 Kleiderschotten, Sammete, Seal, Biberette
 Crépe de Chine, Kleider- und Futterseiden
 in großer Auswahl kaufen Sie bei uns am besten und billigsten
 1. Geschäft: Warschauer Str. 79 / 2. Geschäft: Frankfurter Allee 49
 Gegründet 1901

ACHTUNG!!!
8 billige Verkaufstage
Möbel, Pelze Konfektion
 nur bei **ADLER, Invalidenstr. 5**
 Eingang Aokerstraße, I. Etage, v.
 Tel.: Humboldt 752

Neue Gänsefedern gereinigt u. ungeschwächt
Willy Manufaktur, Neutredbin
 (Oderstr.) Gänsemaßstab
Berliner Elektriker-Genossenschaft
 angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
 Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
 Fernsprecher: Norden 1198
 Filiale Westen, Wilmersdorf Landhausstr. 4 - Tel. Plötzburg 983
 Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen Preiswerte, gediegene Arbeit

Auf Teilzahlung! Herren- u. Burschen-Garderobe!
 Kleine Anzahlung! * Bequeme Abzahlung!
CAMNITZER
 Schönhauser Allee 82, I am Hochbahnhof Nordring.
A. Beheim - Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule
 (Inh. F. Eggert)
 Neukölln, Anmeldung, Ganhofenstr. 1 und Berliner Str. 82 (Privatwohnung) Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-Lehrgänge. - Fernspr.: Neukölln 1663

Gardinen
 Sonderangebote Gelegenheits-Käufe in Resten in Stücken, Stoffen, Vorhängen, Madras- und Klammgardinen.
 Spezial-Gardinenverkauf: Neukölln, Bergstr. 67 am Ringbahnho.

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!